

DEUTSCHE
POLIZEI

MÄRZ 2018 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



POLIZEI

TARIFVERHANDLUNGEN



Foto: Hofebeck

Sechs Prozent mehr oder mindestens 200 Euro bei einer Laufzeit von einem Jahr für die Beschäftigten in Bund und Kommunen. Das hätten die Kolleginnen und Kollegen verdient, sagten die GdP-Tarifexperten bei der Vorstellung der Gewerkschaftsforderungen. Jetzt müssen die Arbeitgeber nur noch zustimmen.

Seite 2

SICHERHEIT



Foto: K.-H. Spremberg/dpa

Die Terrorbedrohung zielt seit vielen Jahren auch auf Deutschland. DP-Autor Dr. Stefan Goertz mit einer Bilanz bisheriger Terroranschläge sowie einer Prognose möglicher neuer Terror-szenarien und Gegenstrategien.

Seite 11

EUROPÄISCHER POLIZEI-KONGRESS



Foto: Zieliński

Auch bei der 21. Auflage des großen Polizeiforums in Berlin wirkte der GdP nahezu magnetisch auf interessante Gesprächspartner. Viele GdP-Spitzen waren vor Ort und erörterten mit Gästen und Teilnehmern aktuelle Sicherheitsthemen.

Seite 24

- 2** **TARIFVERHANDLUNGEN** Sechs Prozent bei einem Jahr Laufzeit gefordert
- 4** **TITEL/BELASTUNGEN IM POLIZEIDIENST** Wachsender Druck
- 9** **INTERVIEW** „Der Stress ist dauerhaft“
- 10** **NACHRICHTEN**
- 11** **SICHERHEIT** Islamistischer Terrorismus: Anschlagsszenarien in Deutschland und Europa
- 16** **INTERVIEW** „Keine hoheitliche Maßnahme kann eine vollkommene Sicherheit gewährleisten!“
- 20** **TERMINE** Schreibwerkstatt der Polizei-Poeten, 18. bundesweites Justiz-Motorradtreffen
- 21** **KRIMINALITÄT** GdP fordert bundesweite Statistik zu Messerangriffen
- 24** **EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS** GdP-Stand: Beliebter Treff zum Informationsaustausch
- 30** **BUNDESKONGRESS-TICKER ++** Personengruppen stellen Weichen
- 32** **KRIMINALPOLIZEI** Der wahrscheinlich lauteste Einsatz der Welt
- 35** **TARIF** Sachgrundlose Befristungen – auch Thema bei der Polizei
- 37** **POLIZEI IM AUSLAND** 134 ermordete Polizisten – Rio de Janeiros erschreckende Bilanz 2017
- 38** **BÜCHER**
- 39** **FORUM**
- 40** **IMPRESSUM**

„Bild“-Spendenaktion beendet

Die von „Bild“ und der Deutschen Bahn (DB) mit Gutscheinen unterstützte Spendenaktion für die verletzten Kolleginnen und Kollegen des G20-Gipfels im Juli in Hamburg ist beendet. Die den Stiftungen zur Verfügung gestellten DB-Gutscheine waren bis 28. Februar gültig und konnten bis zu diesem Zeitpunkt eingelöst werden. Insgesamt wurden über die beteiligten Polizeistiftungen mehrere hunderte Reise- und Fahrgutscheine an die Betroffenen und ihre Familien verteilt.

Unser Dank gilt allen Spendern, die diese Aktion möglich gemacht haben,

aber auch den Unterstützern „Bild“ und DB sowie den Polizeistiftungen, die die Organisation und Verteilung der Gutscheine durchgeführt haben. Besonderen Dank gilt der Volker-Reitz-Stiftung zu Berlin, die das Gros der Verteilung bewältigt hat.

Mit Beendigung der Aktion schließt die DEUTSCHE POLIZEI auch den E-Mail-Account, über den sich Betroffene melden konnten.

Allen ein herzliches Dankeschön.

Alberdina Körner,
GdP-Bundesgeschäftsführerin





Auch die tapfersten Beschützer
brauchen **zuverlässigen Schutz.**

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Absicherungslösungen. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

Sechs Prozent bei einem Jahr Laufzeit gefordert

Sechs Prozent Einkommenserhöhung, mindestens 200 Euro – auf diese Forderung verständigten sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ver.di, GEW, IG BAU und GdP Anfang Februar in Berlin. Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, sagte zur Auftaktpressekonferenz, dass nicht nur im Hinblick auf die schwierige Nachwuchsgewinnung auf einem angespannten Arbeitsmarkt eine spürbare Einkommensverbesserung notwendig sei. Die Kolleginnen und Kollegen hätten diese einfach verdient. Der gesamte öffentliche Dienst habe auch in der jüngsten Vergangenheit Belastungen gemeistert, die nicht nur mit Worten entlohnt werden dürften.

In den Tarifverhandlungen bietet sich nach GdP-Auffassung für die Bundesregierung eine erste Gelegenheit, den ausgehandelten Koalitionsvertrag mit Leben zu füllen. „Mit unserer Forderung verhelfen wir Union und SPD zu einem ‚modernen öffentlichen Dienst, der mit bestens ausgebildeten und hochmotivierten Beschäftigten seine Aufgabe gut, zuverlässig und effizient erledigt‘, wie es im Koalitionsvertrag wörtlich heißt. Dieser öffentliche Dienst, da stimmen wir mit den Koalitionspartnern völlig überein, muss unter Beibehaltung seiner Qualifikationsanforderungen attraktiv sein, damit der Staat im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann“, sagte Malchow.

Attraktiver öffentlicher Dienst kann Wettbewerb um beste Köpfe bestehen

Die Gewerkschaft der Polizei begrüßt, dass die neue Koalition Tarifabschlüsse (TVöD) grundsätzlich gleich auf die Beamtenbesoldung übertragen will. Malchow erklärte: „Wir freuen uns, dass wir diese eigentliche Selbstverständlichkeit künftig nicht mehr bei jeder Tarifaueinandersetzung neu aushandeln müssen. Daher wird die bevorstehende Tarifrunde nicht nur von rund 2,2 Millionen Tarifbeschäftigten bei Bund, Städten, Gemeinden und kommunalen Unternehmen, sondern auch von rund 350.000 Beamtinnen und Beamten sowie 180.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfängern des Bundes mit Spannung erwartet.“

Gute Arbeit braucht gute Leute. Und

die müssen auch ordentlich für ihre Arbeit bezahlt werden – so lautet schon länger die ver.di-Kampagnenbotschaft an die öffentlichen Arbeitgeber, und die hat auch weiterhin Berechtigung!

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben auch ein Recht, an

50 Milliarden Euro im nächsten Jahr. Nach der Steuerschätzung von verganginem November werden die Steuereinnahmen gegenüber der Schätzung vom Mai 2017 nochmals stärker steigen. Jahr für Jahr nimmt der Bund demnach im Durchschnitt über drei Prozent mehr an Steuern ein und die Steuereinnahmen der Kommunen sollen sogar um rund fünf Prozent jährlich steigen.

Bestehende Lohnentwicklungslücke verringern

Die Beschäftigten von Bund und Kommunen brauchen deutliche Lohnsteigerungen, die mithelfen, die bestehende Lücke zur Tariflohnentwicklung



(v.l.): GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, die Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Marlis Tepe, ver.di-Bundesvorsitzender Frank Bsirske und der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes (dbb), Ulrich Silberbach. Foto: Holecck

wirtschaftlichem Wachstum und steigender Produktivität teilzuhaben. Schon seit 2014 nehmen Bund, Länder und Kommunen insgesamt mehr ein, als sie ausgeben. 2017 wurde ein Rekordüberschuss von 38,4 Milliarden Euro erzielt, der nach aktuellen Prognosen weiter kräftig steigen soll: auf 45 Milliarden Euro in diesem und

in der Gesamtwirtschaft von circa vier Prozentpunkten zu verringern!

Vor diesem Hintergrund haben die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst für die Tarif- und Besoldungsrunde 2018 mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) beschlossen:



I. Forderungen:

1. Entgelterhöhungen

a) Die Tabellenentgelte der Beschäftigten sollen um 6,0 Prozent, mindestens aber um 200 Euro monatlich erhöht werden.

b) Die Entgelte der Auszubildenden und Praktikantinnen/Praktikanten sollen um 100 Euro monatlich erhöht werden.

c) Die Laufzeit der Regelungen zu a und b soll 12 Monate betragen.

d) Der Nachtarbeitszuschlag im Besonderen Teil Krankenhäuser soll auf 20 Prozent angehoben werden.

2. Auszubildende und Praktikantinnen/Praktikanten

a) Die Ausbildungsbedingungen der bisher nicht tariflich geregelten Ausbildungs- und Praktikumsverhältnisse sollen in Anlehnung an den TVAöD beziehungsweise TVPöD tarifiert werden.

b) Die Vorschrift zur Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung soll wieder in Kraft gesetzt werden.

Aber es gibt nicht nur eindeutige Forderungen der öD-Gewerkschaften, bei denen die Gewerkschaften nicht mehr in der Friedenspflicht und damit kampffähig sind, sondern aufgrund

1. Manteltarifliche Änderungen für Beschäftigte

a) Die Dauer des Zusatzurlaubsanspruchs für Wechselschicht- und Schichtarbeit wird unter Aufhebung der Höchstgrenze des Paragraphen 27 Abs. 4 TVöD um 50 Prozent angehoben. Wertgleiche Regelung im TV-V und den TV-N.

b) Der Bemessungssatz für die Jahressonderzahlung im Tarifgebiet Ost der VKA wird an den Bemessungssatz für das Tarifgebiet West angeglichen.

c) Bei Wechselschichtarbeit werden in den Besonderen Teilen Krankenhäuser und Pflege- und Betreuungseinrichtungen die gesetzlich vorgeschriebenen Pausen in die Arbeitszeit eingerechnet.

d) Der Zuschlag für Samstagsarbeit im Besonderen Teil Krankenhäuser wird auf 20 Prozent angehoben.

e) Die Regelungen zur Altersteilzeitarbeit werden verlängert.

f) Eine Verhandlungszusage zur Erweiterung der Regelungen bei Leistungsminderung.



(v.l.): GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, seine für Tarifpolitik verantwortliche Stellvertreterin Kerstin Philipp und GdP-Bundestarifsekretärin Alberdina Körner bei Beratungen vor der Verkündung der Tarifforderung. Foto: Holecek

c) Die Regelungen zum Lernmittelzuschuss werden auf den Pflegebereich übertragen.

3. Eine Öffnungsklausel für Verhandlungen über ein kostenloses Nahverkehrsticket.

III. Der Bund wird aufgefordert, das Verhandlungsergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu übertragen.

Kerstin Philipp, zuständiges Vorstandsmitglied für Tarifpolitik in der GdP: „Wir haben 2018 eine so gute wirtschaftliche Ausgangslage wie schon lange nicht mehr. Entsprechend hoch ist die Erwartungshaltung unserer Kolleginnen und Kollegen.“

Der Auftakt war für den 26. Februar geplant. Die weiteren Tarifrunden sollen am 12./13. März und am 15./16. April in Potsdam stattfinden. Ob die Verhandlungen mit dem geschäftsführenden Bundesinnenminister oder mit einem neuen abgeschlossen werden, zeigen die nächsten Wochen.

kör/hol



Sitzung der GdP-Bundestarifkommission kurz vor dem Beginn der Tarifrunde 2018 für die Beschäftigten in Bund und Kommunen. Foto: Zielasko

des großen Tableaus von regelungsbeziehungsweise verbesserungswürdigen Regelungstatbeständen auch Erwartungen an die Arbeitgeber, die einer Lösung in der kommenden Tarifrunde bei den Gesprächen mit den Arbeitgebern zugeführt werden sollen:

II. Die Erwartungen an die Arbeitgeber richten sich ferner auf:

2. Manteltarifrechtliche Änderungen für Auszubildende und Praktikantinnen/Praktikanten

a) Die Dauer des Erholungsurlaubsanspruchs wird auf 30 Arbeitstage angehoben.

b) Die Regelungen zur Kostenübernahme des Auszubildenden beim Besuch auswärtiger Berufsschulen werden verbessert.



BELASTUNGEN IM POLIZEIDIENST

Wachsender Druck

Von Thomas Gesterkamp

Immer öfter zeigen sich bei Polizistinnen und Polizisten Erschöpfungsercheinungen. Sie klagen über Autoritätsverlust und schwierige Einsätze, müssen Sonderschichten und Überstunden ertragen, leiden unter Anfeindungen im Internet. Die Zahl der Fehltage durch Krankschreibungen steigt, Entlastung ist kaum in Sicht. Der Arbeitsschutz konzentriert sich auf körperlich erkennbare Symptome, psychische Probleme geraten zu wenig in den Blick.

Beispiele, Beispiele, Beispiele ...

Hamburg: Insgesamt rund 30.000 Einsatzkräfte sind bei den tagelangen Protesten gegen den G20-Gipfel im Sommer 2017 unterwegs. Viele Demonstrationen bleiben friedlich und gewaltfrei, doch von Seiten militanter Autonomer, die aus ganz Europa ange-reist sind, schlägt den Beamten blanker Hass entgegen. Vor allem im Stadtteil Altona, auf St. Pauli und im Schanzenviertel randalieren Gipfelgegner, stecken Autos in Brand und errich-

ten Barrikaden. Hunderte Polizisten werden verletzt, zum Teil schwer. In manchen Nächten schlafen die Einsatzkräfte nur wenige Stunden. Die gesetzlichen Vorgaben, die Ruhepausen ausdrücklich festschreiben, stehen nur noch auf dem Papier. Schon die langen Transportwege zu den oft weit außerhalb des Geschehens liegenden Unterkünften macht die Einhaltung der eigentlich verbindlichen Arbeitszeitordnung und anderer Schutzbestimmungen unmöglich.

Köln: Fast jeden Freitag- und Samstagabend, vor allem im Sommer, eska-

liert die Situation auf der wichtigsten Feiermeile der Domstadt. Die befindet sich nicht auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofes wie die Bilder von der Silvesternacht 2015 vermuten lassen, sondern auf den Ringen rund um das linksrheinische Zentrum. Hier ist am Wochenende ständig Party, werden „Junggesellenabschiede“ gefeiert, treffen sich Schüler- und Studentencliquen, meist begleitet von reichlich Alkohol.

Tiefer gelegte Autos jagen ohrenbetäubend und mit viel zu hoher Geschwindigkeit über nicht allzu breite Straßen, auf denen Menschenmassen zu Fuß oder auf Rädern unterwegs sind. Die Unfallgefahr ist extrem hoch, die ausgelassene Stimmung birgt Aggressionspotenzial, Ballermann-Atmosphäre auch jenseits von Mallorca. Polizisten, die einschreiten und zumindest die gefährlichsten Exzesse verhindern wollen, gelten da schnell als Spaßbremse.



Foto: Bodo Marks/dpa



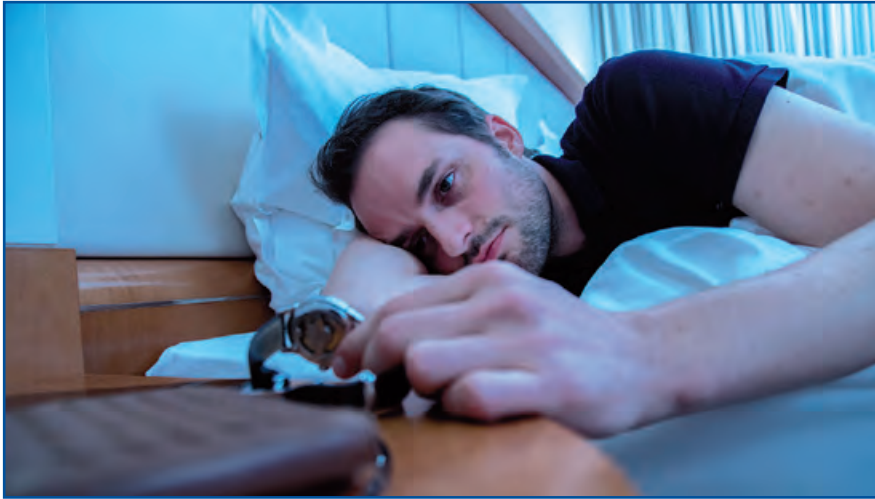


Foto: Christin Klose/dpa

München: Über eine halbe Million Überstunden haben allein die 5.700 Beschäftigten des örtlichen Präsidiums angehäuft – fast 90 Stunden pro Kopf. Seit 2010 verdoppelte sich die Mehrarbeit der Beamtinnen und Beamten in der bayerischen Landeshauptstadt. Die Belastungsgrenzen sind längst überschritten. Der aufwändige Einsatz nach dem Anschlag mit einem Dutzend Toten im Olympia-Einkaufszentrum ist gerade erst vorbei, da warten schon die nächsten personalintensiven Aufgaben: „Großlagen“ wie die regelmäßig stattfindende Münchner Sicherheitskonferenz, das Oktoberfest, der verstärkte Schutz von Weihnachtsmärkten und immer wieder Fußballspiele mit aggressiven Fangruppen.

Rüsselsheim bei Frankfurt/Main: Polizisten erschießen zwei Kampfhunde, die Passanten gebissen haben und danach nicht eingefangen werden konnten. Fast in Echtzeit entsteht Druck im Internet. Ein Video, mit dem Smartphone aufgenommen, dokumentiert schon nach wenigen Minuten den Vorfall auf Youtube. Die Beamten werden zum stimmigen Feindbild eines Shitstorm in den „sozialen“ Medien. Netzkommentare bezeichnen sie als schießwütige „Hundemörder“. Ein Onlinesender namens „Gassi TV“ (kein Scherz) berichtet ausführlich, überregionale Zeitungen werden aufmerksam, der Rechtfertigungsdruck steigt. Doch was haben unbewiesene, in den virtuellen Raum gestellte Behauptungen mit der grundsätzlich wünschenswerten Transparenz von Polizeiarbeit zu tun? Wenig, zu diesem Ergebnis kommt Monate später auch die Staatsanwaltschaft: Sie bescheinigt

den Polizisten, dass die Situation auf andere Weise nicht mehr beherrschbar gewesen sei.



ATP Arthur THILL/dpa

Berlin: In einem von Migration geprägten Stadtteil will eine Streife zwei junge Männer kontrollieren, die sich auffällig benehmen. Die Beamten vermuten Drogenhandel und organisierte Kriminalität. Binnen weniger Minuten bildet sich eine Mensentraube. Nach diversen Handyanrufen, mit denen Verwandte mobilisiert werden, umringt schließlich eine komplette arabische Großfamilie den Einsatzwagen. Lautes Schreien und Pöbeln, erregte Diskussionen, es kommt zu Rangeleien. Das Team fordert Verstärkung an, die Polizisten sprechen später von Nötigung. Doch zugleich wird ihnen gegenüber auch der Vorwurf des

Rassismus laut: Menschen, die anders aussehen als „Biodeutsche“, würden besonders häufig auf der Straße überprüft.

Unbezahlte Helfer

Fünf Beispiele, die sich durch viele weitere ergänzen ließen. Der Druck auf Polizisten und Polizistinnen wächst, gerade in den großen Städten, doch nicht nur dort. Auch anderswo klagen Einsatzkräfte über Stress, über psychische Belastungen. Zum Verarbeiten des Erlebten bleibt oft wenig Zeit, denn das nächste Ereignis naht. Bald findet eine Veranstaltung der rechtspopulistischen AfD statt, zu der sich zahlreiche Gegendemonstranten angekündigt haben. Die Beamten sollen schlichten, die staatliche Neutralität wahren – auch wenn sie persönlich

durchaus ihren eigenen politischen Standpunkt haben.

Oder es klingelt die 110. Überflüssigerweise, doch das wird erst klar, nachdem ein Team zum Anrufer herausgefahren ist. Dort hat ein Rentner nach eigener Aussage etwas Verdächtiges von seinem Fenster aus beobachtet, die Straße aber ist jetzt menschenleer. Kurze Zeit später der Ruf zu einem Verkehrsunfall, ein kleiner Blechschaden, das ergibt sich nach wenigen Minuten die Lage. Das hätten die Beteiligten doch leicht unter sich klären können. Die Polizei fühlt sich mal wieder als unbezahlte Helferin,





Foto: Christin Klose/dpa

leistet Servicearbeit für die Versicherungswirtschaft.

„Wie sollen wir die Überstunden reduzieren, wenn dann noch immer mehr Aufgaben dazukommen?“, fragt Oskar Schuder. Der Münchner Bezirksgruppenvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert allein für sein Präsidium 300 weitere Stellen. Sonst könne man die überlaufenden Zeitkonten nicht abbauen, bekomme die zunehmende Arbeitsverdichtung nicht in den Griff. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Landesverwaltung des Freistaates eine Aufstockung in dieser Höhe genehmigt, hält Schuder für „sehr gering“.

Ärgernis „Schwarze Null“

Unterbesetzte Dienststellen, die zu ständiger Mehrarbeit führen, gibt es fast überall. Sie sind das Ergebnis hausgemachter Fehler. Der Ärger über die sogenannte Schwarze Null, über die regelmäßigen Sparrunden in den öffentlichen Etats, ist verständlich. Denn diese Vorgabe der Finanzverantwortlichen ist nicht alternativlos, sondern bewusste Politik. Die vom Bundesinnenministerium nach extremen Ereignissen wie Terroranschlägen versprochenen Neueinstellungen reichen bei weitem nicht aus. Als „richtigen Weg“ lobte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow die Absichtserklärungen in den Programmen von CDU und SPD zur Bundestagswahl, 15.000 zusätzliche Stellen zu schaffen. Die Gewerkschaft fordert allerdings mindestens 20.000 neue Beamtinnen und Beamte, die bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode eingestellt werden müssten.

Malchow macht folgende Rechnung auf: In Deutschland gibt es etwa 215.000 Polizistinnen und Polizisten. 44.000 gehen bis 2021 in Pension, maximal 74.000 sollen nach Prognosen bis dahin ihren Dienst antreten. Von dieser Zahl, gibt der GdP-Chef zu bedenken, müssten jedoch die vielen Abbrüche während der Ausbildung und andere Ausfälle abgezogen werden. So bleiben nach seiner Kalkulation noch



Illustration: leonardo medical/dpa

56.000 Polizisten, unter dem Strich gerade mal ein Plus von 12.000 zusätzlichen Einsatzkräften in vier Jahren. Von denen sind allein 6.500 für Bundespolizei und Bundeskriminalamt reserviert, die 16 Bundesländer teilen sich die restlichen 5.500 Stellen.

Der Hinweis des GdP-Chefs auf die hohe Abgangsquote zeigt, dass das Defizit nicht nur an der Blockade der Finanzministerien liegt. Es fehlt auch an qualifiziertem Nachwuchs. In manchen Regionen Deutschlands herrscht nahezu Vollbeschäftigung, der jungen Generation bieten sich genügend attraktive Alternativen – ob beim Staat oder in der Privatwirtschaft. Zwar be-

steht, das ist unbestritten, ein deutlicher Überschuss an Bewerbungen für den Dienst bei der Polizei. Doch viele Interessentinnen und Interessenten gelangen über die Vorauswahl gar nicht hinaus.

Besonders die obligatorische Sportprüfung ist ein Hindernis, oft fehlen die erforderlichen körperlichen Voraussetzungen. Schon haben einzelne Länder die Kriterien gelockert: So müssen bei den Tests weniger Liegestütze absolviert werden, die bisherigen Vorschriften zur Mindestkörpergröße (die weibliche Bewerberinnen benachteiligen) sind teilweise entfallen. Mit weiteren Fähigkeiten steht es manchmal auch nicht zum Besten. Peinliche Rechtschreibfehler der Bewerberinnen und Bewerber fallen im Auswahlprozess auf. Das ist keine Kleinigkeit, denn selbst einfache Tätigkeiten wie das Ausstellen von Verwarnungen oder die Aufnahme von Anzeigen erfordern später die korrekte Beherrschung der deutschen Sprache.

Erweiterter Arbeitsschutz

„Kein Polizist erschießt gern ein

Tier – im Gegenteil“, hieß es in einer Erklärung der GdP zu dem Vorfall in Rüsselsheim. Wie das geschilderte Beispiel des skandalisierten Hundevideos zeigt, verstehen sich immer mehr Bürger als eigenmächtige Kontrollinstanz, ein Hauch von Selbstjustiz schwingt mit. Sie fotografieren oder filmen die Beamtinnen und Beamten im Dienst, stellen diese Aufnahmen ins Internet – mit dem Ziel, Empörung zu wecken. Björn Neureuter, Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei, sieht darin einen neuen Stressfaktor, der krank machen könne. Man müsse „den Blickwinkel im Arbeitsschutz weiter fassen“, forderte



er in der Zeitschrift „Mitbestimmung“ der Hans-Böckler-Stiftung.

Traditionelle Konzepte der Arbeitssicherheit sind fokussiert auf die Unfallverhütung. Einst entstanden vor dem Hintergrund der besonders hohen körperlichen Belastungen in der Industrie, gerieten die seelischen Probleme der Beschäftigten lange nicht in den Blick. Phänomene wie Burn-out, im Polizeidienst ein drängendes Thema, wurden eher vernachlässigt. Die technisch orientierten Fachleute interessierten sich vor allem für ergonomische Fragen der Arbeitsplatzgestaltung. Die medizinischen Experten konzentrierten sich auf körperlich sichtbare Symptome und klar identifizierbare Diagnosen. Das versperrt den Weg zum Erkennen anderer Krankheitsbilder. Überlastung oder Erschöpfung werden häufig nicht rechtzeitig identifiziert, wirkungsvolle Hilfsangebote bleiben aus. Die Quote der Frühverrentung durch Arbeitsunfähigkeit liegt bei der Polizei im Vergleich zu anderen Berufsgruppen über dem Durchschnitt. Auch die Fehlzeiten im Dienst durch psychisch bedingte Krankmeldungen sind deutlich gestiegen. In jüngster Zeit verändert sich deshalb die Sichtweise der Arbeitsschützer.

Das vorbildliche Präventionsprojekt eines Gewerkschaftskollegen erhielt im Jahr 2010 den Deutschen Personalrätepreis. Bernd Becker ist Mitglied der GdP-Bundeskommission für Arbeitsschutz, vertritt die Interessen von Polizistinnen und Polizisten im Innenministerium von Rheinland-Pfalz. Das von ihm angeregte Konzept eines verbindlichen Gesundheitsmanagements legt besonderen Wert auf seelische Gefährdungen. Es bedient sich



Foto: Hendrik Schmidt/dpa

der sogenannten salutogenetischen Arbeitsplatzanalyse. Diese legt besonderen Wert auf die Konsequenzen von beruflichem Stress für das Privatleben. In der Mainzer Landesbehörde kam dabei zum Beispiel heraus, dass Symptome wie Schlafstörungen und Reizbarkeit unter Polizeibeamtinnen und -beamten nach anstrengenden Einsätzen weit verbreitet sind.

Krisenmanagement online

„Unsere Fachkräfte für Arbeitssicherheit kommen alle aus der technischen Ecke und können wunderbar beurteilen, ob es eine technische Gefährdung gibt“, erklärte Becker der Zeitschrift „Mitbestimmung“. Von diesen Experten könne man nicht er-

warten, dass sie die speziellen Belastungsfaktoren im Polizeidienst identifizieren.

Psychologisch geschulte Gesundheitsbeauftragte in allen Behörden seien ein richtungsweisender Schritt. „Die viel spannendere Frage ist aber, wie wir zu Arbeitsverhältnissen kommen, die möglichst wenige Leute krank machen.“

Um auf Schmähungen wie „Hundemörder“ schnell reagieren und falsch dargestellte Sachverhalte richtig stellen zu können, muss sich die Präsenz der Polizei im Internet verbessern. Netzaffine Kollegen fordern seit Langem ein spezielles Krisenmanagement für den Online-Bereich. Dazu gehören vor allem die routinemäßige Pflege und ständige Beobachtung von Social Media-Kanälen wie Facebook und Twitter. Im Präsidium Oberfranken zum Beispiel machen zwei jüngere Beamte die Bayreuther Behörde fit für das digitale Zeitalter. Hauptkommissar Heiko Mettke und Oberkommissar Bernd Elzinger posten über Verkehrsverstöße, Glatteis oder Einbrüche. Sie erzählen einfach Geschichten aus ihrem Berufsalltag, häufig mit lustigem Unterton, trotz manchmal ernstem Hintergrund.

Nach den Klickzahlen zu urteilen funktioniert die selbstironische Sympathiewerbung bestens, die Polizisten haben online eine regelrechte Fangemeinde. Damit liegen sie voll im Trend: Nach den Erfahrungen mit dem Münchner Anschlag im Sommer 2016, als sich über Twitter zahlreiche falsche



Foto: Boris Roessler/dpa



Gerüchte über weitere Gewalttaten an anderen Orten im Stadtgebiet mit rasender Geschwindigkeit verbreiteten, erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann die Nutzung der elektronischen Netzwerke zu einer Pflichtaufgabe der Polizeiarbeit. Vor allem in den Großstädten gehört das mittlerweile zum Standard.

Imagewerbung

Dem Einsatz-Account der Berliner Polizei folgen inzwischen rund 300.000 Nutzer – eine sehr hohe Zahl, die etwa bei Fahndungsauffrufen zu schnellen Ergebnissen führen kann. Eine starke Netzpräsenz verbessert zudem das Image, glaubt der Kommunikationswissenschaftler Stefan Jarolimek, der an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster lehrt: „Durch Social Media ist die Polizei wieder näher an der Bevölkerung dran, weil sie ihre Arbeit erklärt.“ Den gegen einzelne Beamte gerichteten Kampagnen kann so besser der Wind aus den Segeln genommen werden. Die Onlinekommunikation hilft mit, die psychischen Belastungen der angegriffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu reduzieren.

Ein weiteres Problem, über das Polizistinnen und Polizisten gerade im Streifendienst klagen, ist der schlechende Autoritätsverlust. Uniformen zum Beispiel flößen längst nicht mehr so viel Respekt ein wie früher. Polizistinnen und Polizisten werden beleidigt, provoziert, verspottet, nicht richtig ernst genommen, etwa bei Anzeigen wegen Ruhestörung oder bei Routineüberprüfungen. Wie andere öffentliche Institutionen muss sich die Polizei mit einer veränderten Grundhaltung auseinandersetzen: Die Bürgerinnen und Bürger wollen sich möglichst wenig vorschreiben lassen.

Recht auf respektvolle Behandlung

Unterwürfigkeit wie im Obrigkeitsstaat ist sicher nicht wünschenswert, Achtung vor der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben jedoch schon. Wenn die Polizei Streitereien schlichtet oder Kontrollen durchführt, hat sie ein Recht darauf, respektvoll behandelt und in ihrer Arbeit nicht behindert zu werden. Umgekehrt sollte sie aber auch stets in der Lage sein, die Notwendigkeit ihres Einsatzes zu begründen.

„Der Stress ist dauerhaft“

Der Journalist Thomas Gesterkamp sprach im Zusammenhang mit der Titelgeschichte mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow über wachsende Belastungen im Polizeidienst – und was dagegen zu tun ist.

DEUTSCHE POLIZEI (DP): Herr Malchow, die eine Zeitung meldet „Bewerberflut bei der Polizei“, die andere „Das Personal wird knapp“ – was stimmt denn nun?

Oliver Malchow: Wir hören zurzeit, dass in den Ländern meist genügend Bewerbungen eingehen. Ob die Zahlen allerdings wirklich steigen, wissen wir nicht genau. Fakt ist: Es gibt einen großen Personalbedarf, schon allein um die kommenden Pensionierungen auszugleichen. Wir hören jedoch auch aus einigen Bundesländern, dass dort die Qualitätsanforderungen gesenkt werden sollen. Das spricht doch eher dafür, dass sich dort nicht genügend qualifizierte Bewerber melden. Bisher war es so, dass die Bewerberzahl sehr häufig deutlich über der Einstellungszahl lag.

Dann hört man auch oft das Argument „Guck doch mal, wie akzeptiert und attraktiv der Beruf ist“. Das ist er auch für viele, aber am Ende müssen wir zum Teil mit der Situation umgehen, dass noch nicht einmal die Reservelisten gefüllt sind. Anders lautende Meldungen und Erhebungen beruhen oft auf doppelten Abgängerzahlen durch verkürzte Schulzeiten, also den Folgen der sogenannten G8-Reform. Unsere Befürchtungen hängen aber vor allem mit der auf uns zu rollenden Pensionierungswelle zusammen. Sehr viele Kolleginnen und Kollegen erreichen in den nächsten Jahren das Ruhestandsalter. Für diese Kolleginnen und Kollegen benötigen wir adäquaten Ersatz. Deshalb lautet unsere klare Forderung, 20.000 Beamte mehr einzustellen als wir jetzt haben.

DP: In der Polizei wird über Stress geklagt. Ist der Beruf anstrengender geworden? Könnte das auch ein Grund sein, warum Bewerber abgeschreckt sind?

Malchow: Ich glaube nicht, dass die Belastungen in Gänze abschreckend wirken. Bei dem ein oder anderen mag das der Fall sein. Der Stress, der möglicherweise auf sie zukommen könnte, ist den Bewerbern ja meist gar nicht so bekannt. Da geht es mehr darum, dass die Jobsuche heutzutage mehr Möglichkeiten und eine größere Aus-

wahl bietet. Hierzulande verzeichnen wir aber auch einen Fachkräftebedarf in vielen anderen Bereichen.

DP: Im Zusammenhang etwa mit dem G20-Einsatz in Hamburg war doch viel von den besonderen Belastungen die Rede, von überlangen Arbeitszeiten ...

Malchow: Das stimmt. Wenn Interessenten für den Polizeidienst die Bilder vom Schanzenviertel sehen, werden sie womöglich überlegen, ob sie diesen Beruf ergreifen wollen. Dann gibt es sicher auch andere, die gerade deshalb denken, das ist doch ein großes Abenteuer. Aber das sind nicht unbedingt diejenigen, die unserem Polizeibild entsprechen.

„Arbeitsschutz auch für Polizei
wichtig“

DP: Traditionelle Arbeitsschützer kümmern sich um die Ergonomie von Arbeitsplätzen oder um Unfallverhütung. Das ist bei der Polizei weniger bedeutsam als etwa in der Stahlindustrie. Werden die psychischen Probleme der Beamtinnen und Beamten ignoriert?

Malchow: Beide Aspekte sind wichtig. Denken Sie zum Beispiel an gefährliche Einsätze, an den Schutz des eigenen Körpers in solchen Situationen. Der Arbeitsschutz im herkömmlichen Sinne ist für meine Kolleginnen und Kollegen durchaus wichtig. So die Frage, wie komfortabel sind die Einsatzfahrzeuge? Wenn Kollegen die Waffe am Gürtel haben und sich in enge Autos zwingen müssen, stimmt da was nicht. Aber das, was uns wirklich Kopfschmerzen bereitet, ist die psychische Belastung. Es gibt eine permanente Stressbelastung. Es bleibt gar keine Zeit mehr, sich in der Dienstgruppe mal zusammzusetzen und das Erlebte zu verarbeiten. Dann gehen die Kolleginnen und Kollegen allein mit ihrem Stress nach Hause. In dem regelmäßig veröffentlichten DGB-Index „Gute Arbeit“ werden auch psychische Belastungen abgefragt. Für das Berufsfeld der Polizei haben 55 Prozent der Beschäftigten angegeben, dass sie Konflikte mit Bürgern haben. Bei Mitarbeitern in anderen Berufen



gaben im Schnitt nur 30 Prozent an, Ärger mit Bürgern oder Kunden zu haben.

DP: Damit sind wir bei der Frage des Respekts. Probleme mit Bürgern, bedeutet das, dass die Polizei Autorität eingebüßt hat?

Malchow: Das ist zumindest, was unsere Kolleginnen und Kollegen erzählen. Nehmen wir das Thema Gewaltanwendung, und damit meine ich nicht geschlossene Einsätze bei ausufernden Demonstrationen oder Fußballspielen. Nicht nur der verbale Konflikt ist da, Beleidigungen gibt es natürlich auch. Aber das geht weiter, es eskaliert. Da werden Streifenbeamte, die eine Unfallanzeige aufnehmen wollen, aus dem Nichts angegriffen. Die alte Bundesregierung hat immerhin noch eine von uns hartnäckig geforderte Gesetzesänderung verabschiedet, die tätliche Angriffe gegen die Polizei unter Strafe stellt. Dafür haben wir lange gekämpft.

„Schabernack mit dem Notruf“

DP: Ein weiterer Stressfaktor sind überflüssige Einsätze: Fahrten an Orte, wo gar nichts Wesentliches passiert ist, der Missbrauch der Nummer 110 ...

Malchow: Die 110-Rufe haben aus meiner Sicht schon deshalb zugenommen, weil fast jeder ein Handy unterwegs dabei hat und den Notruf viel schneller und einfacher wählen kann. Früher musste man erst mal einen Festnetzanschluss oder eine Telefonzelle suchen. Insofern passt sich der Missbrauch den technischen Möglichkeiten an. Auf der anderen Seite gibt es oft auch mehr Leute, die etwas gesehen haben. Es kommt dann vor, dass derselbe Sachverhalt parallel geschildert wird. Die Kollegen auf der Einsatzleitstelle werden dann mit ein und demselben Vorgang mehrfach konfrontiert, müssen das abarbeiten und entsprechende Maßnahmen einleiten. An dieser Stelle weise ich aber nachdrücklich darauf hin, dass der Notrufmissbrauch eine Straftat nach Paragraph 145 Strafgesetzbuch darstellt.

DP: Beim Anschlag in München haben die (eigentlich sinnvollen) Hinweise von Anrufern ein regelrechtes Informationschaos ausgelöst, mit zahlreichen Fehlalarmen und Falschmeldungen in den Medien.

Malchow: Der Einsatz neuer Medien und das schnelle Melden von Ereignis-



Oliver Malchow, GdP-Bundesvorsitzender
Foto: Zielasko

sen führen dazu, dass die Polizei angesichts der Personalknappheit immer überlegen muss: Welcher Einsatz ist jetzt besonders wichtig? Zum Teil wird auch Schabernack mit dem Notruf getrieben, die Kollegen fehlen dann an anderer Stelle. Und die Einsatzleitung muss sich jedes Mal fragen: Ist an der Sache wirklich etwas dran?

DP: Was halten Sie von Videos im Internet, die Beamte bei der Arbeit filmen? Ist das nicht geradezu Selbstjustiz, wenn Bürger meinen, sie könnten so die Polizei kontrollieren?

Malchow: Das geht schon in Richtung Selbstjustiz. Die Kolleginnen und Kollegen werden bei ihren Tätigkeiten sehr häufig aufgenommen. Und im Netz wird das aufgenommene Bildmaterial durchaus manipuliert, also zum Beispiel werden die entscheidenden Szenen bewusst weggelassen. Das verletzt einerseits die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen und kann womöglich zu Verzögerungen beim nächsten Einschreiten führen.

DP: Muss die Polizei online viel präsenter sein?

Malchow: Gerade der Fall in München hat gezeigt, wie man das Netz positiv nutzt. Man kann etwa über Twitter Menschen aus Gefahrenlagen heraus manövrieren oder ihnen Verhaltensregeln mitgeben. In die Auswertung der sozialen Medien müssen wir noch intensiver einsteigen, nicht nur zum Schutz der eigenen Kollegen, sondern auch weil dort immer

häufiger Rechte von Bürgern verletzt und Straftaten begangen werden. Deshalb forcieren wir auch die Debatte um eine wirksamere Bekämpfung der Cyberkriminalität oder der Kinderpornografie.

„Wir brauchen eine Kehrtwende“

DP: Kommen wir zurück zur politischen Ebene. Was sollte die Bundesregierung tun, um die Belastungen der Polizei zu verringern?

Malchow: Wir fordern, dass die Versprechungen, die vor der Bundestagswahl gemacht wurden, umgesetzt werden. Die beiden größten Parteien, Christdemokraten und Sozialdemokraten, haben in ihren Programmen 15.000 Polizeibeamte mehr zugesagt. Wir fordern 20.000, aber die 15.000 bewerten wir als Kehrtwende. Denn in den letzten 15 Jahren wurden 16.000 Stellen abgebaut. Umfragen zeigen, wie wichtig den Bürgern ein sicheres Leben ist, und eben nicht nur ein attraktives Thema während des Wahlkampfes. Wir erwarten deshalb, dass es zu dieser Personalaufstockung beim Bund und, ganz wichtig, auch bei den Ländern kommt.

DP: Sie haben darauf hingewiesen, dass bisher die meisten Stellen bei der Bundespolizei entstehen sollen. Kommen die Länder zu kurz?

Malchow: Die Länder bewegen sich zu wenig, sie müssen deutlich nacharbeiten. Der Bund hat im Grunde genommen die gerade erwähnte Kehrtwende bereits eingeleitet, da müssen die Länder nachziehen. Denn das Thema Unsicherheit entsteht in erster Linie im Alltag, nicht nur an den Bahnhöfen; Flughäfen oder an den Grenzen, wo der Bund zuständig ist. Die Länder sind also gefordert, ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

DP: Damit sind wir beim Thema „Schwarze Null“ in der Haushaltsplanung. Darauf berufen sich gerade die Länder, die zum Teil hoch verschuldet sind. Mit welchem Geld sollen die neue Beamte einstellen?

Malchow: Politik heißt Gestalten. Es geht immer um eine Schwerpunktsetzung. Innere Sicherheit war lange kein wichtiges Thema für die politisch Verantwortlichen. Sie sollte es in unsicheren Zeiten aber sein, und das bringen die Bürgerinnen und Bürger ja auch zum Ausdruck. Die „Schwarze Null“ wird uns als Gewerkschaft



immer entgegen gehalten. Sie suggeriert, dass es keine andere Möglichkeit gegeben hat, Mittel bereitzustellen als sich zu verschulden. Ich sehe das anders, das ist eine Frage der Prioritäten. Politik ist immer Schwerpunktbildung, es ist ja Geld da, und es wird Geld ausgegeben. Bisher hat man sich entschieden, weniger in die innere Sicherheit zu investieren, das scheint aber auch aus Sicht der Bürger politisch die falsche Entscheidung gewesen zu sein.

„Falsche Vorstellungen vom Beruf“

DP: Zurück zur Eingangsfrage, dem Widerspruch zwischen hohen Bewerberzahlen und vergleichsweise geringen Einstellungen. Warum ist die Abbruchquote in der Polizeiausbildung so hoch?

Malchow: Es gibt zum Teil falsche Vorstellungen vom Beruf. Wer sich bei der Polizei bewirbt und an dem orientiert, was er beim „Tatort“ im Fernsehen sieht, denkt vielleicht, dass er im Dienst niemals etwas schreiben muss. Tatsächlich stellt das Schreiben eine nicht unwesentliche Tätigkeit dar. Dabei muss man nachvollziehbar formulieren können und rechtliche Bedingungen beachten. Es passiert, dass Bewerber schon beim Auswahlverfahren in diesem Bereich erhebliche Schwächen zeigen, die sich dann im Studium fortsetzen würden. Bei den Tests geht es aber neben körperlicher Fitness und sicherem Umgang mit der verschrifteten Sprache auch um soziale Kompetenz und Stressfestigkeit.

DP: Stichwort körperliche Fitness. Ein populäres Thema in der öffentlichen Debatte ist die Frage der Mindestgröße im Auswahlverfahren. Das benachteiligt weibliche Bewerberinnen.

Malchow: Wir stellen ja nicht für spezielle Tätigkeiten ein. Sondern jede Bewerberin und jeder Interessierte, die oder der bei der Polizei anfängt, sollte hinterher grundsätzlich an jedem Arbeitsplatz einsetzbar sein. Dafür braucht es nicht unbedingt eine festgelegte Mindestgröße. Aber eine gewisse körperliche Konstitution muss einfach vorhanden sein, um bestimmte Arbeiten auch leisten zu können, denn man übt diesen Beruf mindestens 40 Jahre aus.

Herr Malchow, vielen Dank für das Gespräch.

Neues Sprecher-Gremium gewählt



(v.l.): Dr. Michael Karpf, Uwe Kaßler, Silke Schmidt Foto: Körner

Die GdP-Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderungen in der Polizei hat ein neues Sprecher-gremium. Uwe Kaßler (1. Sprecher) aus Rheinland-Pfalz, Dr. Michael Karpf (2. Sprecher) aus Baden-Württemberg und Silke Schmidt (3. Sprecherin) aus Brandenburg stehen an der Spitze der Interessenvertretung bei Bund und Ländern, die über 15.000 Schwerbehinderte und Gleichgestellte in der Polizei vertreten. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff als zuständiges GBV-Mitglied übermittelte den Neugewählten die besten Wünsche für eine erfolgreiche Tätigkeit und bedankte sich gleichzeitig bei der bisherigen Sprechervertretung mit Rainer Ritter an der Spitze für die geleistete Arbeit.

Am 12. November 2015 war die Kommission für Belange von Menschen mit Behinderungen in der Polizei in der Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin gebildet worden. Durch die damalige Konstituierung dieses Gremiums erfolgte auch die formale Anbindung an die gewerkschaftspolitische Arbeit.

Mit der Verabschiedung des neuen Bundesteilhabegesetzes (BTHG) im Dezember 2016 sind die Rechte für schwerbehinderte Menschen und der Schwerbehindertenvertretungen gestärkt worden. Auch die GdP hatte sich für Verbesserungen stark gemacht, unter anderem durch Schreiben an alle Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen im Vorfeld der Diskussionen zu diesem Gesetzesvorhaben. wsd

Schwerbehindertenvertretung muss vor Kündigung beteiligt werden

Die Kündigung eines schwerbehinderten Menschen, die der Arbeitgeber ohne die vorgeschriebene Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung ausspricht, ist unwirksam. Diese Bestimmung wurde durch das am 29. Dezember 2016 verkündete Bundesteilhabegesetz in das Schwerbehindertenrecht eingefügt (Paragraf 178, Absatz 2, Satz 3 SGB IX). Zuvor bestand oftmals keine Möglichkeit zur Sanktion, wenn ein Arbeitgeber die Schwerbehindertenvertretung vor einer Kündigung gar nicht oder zu spät beteiligt hatte.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes hat die Schwerbehindertenvertretung die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in den Betrieb oder die Dienststelle zu fördern, ihre Interessen zu vertreten und ihnen beratend und helfend zur Seite zu stehen. Ist in einem Betrieb oder einer Dienststelle keine örtliche Schwerbehindertenvertretung gewählt, hat ersatzweise die überörtliche Schwerbehindertenvertretung die Interessen der im Betrieb oder der Dienststelle beschäftigten schwerbehinderten Menschen wahrzunehmen, also je nachdem die Gesamt-, Bezirks-, Haupt- oder Konzernschwerbehindertenvertretung (Paragraf 180 SGB IX).

Eine solche Ersatzzuständigkeit besteht auch bei Kündigungen. Dies hat das Arbeitsgericht Darmstadt festgestellt und zugunsten des schwerbehinderten Klägers entschieden, dass das Arbeitsverhältnis weder durch die außerordentliche Kündigung noch die ordentliche Kündigung des beklagten Arbeitgebers aufgelöst worden ist, weil dieser die zuständige Gesamtschwerbehindertenvertretung vor der Kündigung nicht beteiligt hatte (Urteil vom 14. November 2017, Az.: 9 Ca 249/17). Die Interessenlage der schwerbehinderten Menschen sei bei Kündigungen keine andere als bei anderen personellen oder sozialen Angelegenheiten, für die ebenfalls bei Fehlen einer örtlichen Schwerbehindertenvertretung die überörtlichen Schwerbehindertenvertretungen zuständig seien, begründete das Gericht seine Entscheidung.

Dr. Michael Karpf, Sprecher der Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderungen beim Bundesvorstand der GdP



Islamistischer Terrorismus: Anschlagsszenarien in Deutschland und Europa

Von Dr. Stefan Goertz, Hochschule des Bundes,
Fachbereich Bundespolizei

Die islamistisch-terroristischen Anschläge in Europa zeigen einerseits, dass sowohl jihadistische Hit-Teams als auch Einzeltäter verantwortlich waren, die komplizierte Simultananschläge wie im November 2015 in Paris und im März 2016 in Brüssel und Low-Level-Anschläge wie im Juli 2016 bei Würzburg und in Ansbach sowie im Dezember 2016 auf dem Berliner Breitscheidplatz verübt haben. Bei den islamistisch-terroristischen Anschlägen und Attentaten seit der Jahrtausendwende starben Hunderte Menschen und wurden über Tausende schwer verletzt.

Allein bei dem Terroranschlag am 11. März 2004 in Madrid wurden 2.050 Menschen verletzt, beim Anschlag am 7. Juli 2005 in London 700 Menschen, beim Anschlag am 14. Juli 2016 in Nizza über 400 Menschen sowie beim Anschlag am 13. November 2015 in Paris 350 Menschen. Eine Analyse der islamistisch-terroristischen Anschläge und Attentate ergibt:

Mögliche Anschlagssziele:

- Flughäfen und Bahnhöfe, öffentliche Verkehrsmittel im Allgemeinen
- Schiffe, Fähren und Tanker
- Große Menschenmengen im Rahmen von Fußballspielen, Konzerten, Weihnachtsmärkten, Großereignissen (Events)
- Öffentliche Einrichtungen von symbolischem Charakter (Kirchen, Synagogen, Tempel, Kindergärten, Schulen, Universitäten)
- Kritische Infrastrukturen mit hoher Bedeutung für die Zivilbevölkerung (Krankenhäuser, Stromversorgung, Wasser etc.)
- Politik, Ministerien, Behörden

Mögliche Modi Operandi:

- Sprengstoffanschlag
- Selbstmordattentäter
- Simultananschläge
- Zeitlich versetzte Anschläge (Doppel, Tripel, etc.)
- Anschlag mit einem Fahrzeug, mehreren Fahrzeugen
- Sprengfallen

- Geiselnahme als ein Teil des Szenarios

Wirkmittel:

- Sprengstoff (Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung, USBV oder industrieller Sprengstoff), USBV in Koffern, Rucksäcken etc.
- Sprengstoffwesten/-gürtel
- Selbstlaborate (Aluminiumpulver, Kaliumpermanganat etc.)
- USBV mit Nägeln, Schrauben, Muttern, Splintern versetzt, um einen möglichst hohen und drastischen Personenschaden zu erzielen
- Gasflaschen
- Vollautomatische und halbautomatische Schusswaffen, Gewehre, Pistolen
- Handgranaten
- Hieb- und Stichwaffen
- Äxte, Schwerter
- Messer
- Fahrzeuge, gehärtete („gepanzerte“) Fahrzeuge
- Steine, schwere Gegenstände (von Brücken, aus Gebäuden geworfen etc.)
- Biologische und chemische Waffen
- Gift (zum Beispiel Rattengift in nicht abgepackte Lebensmittel wie Obst, Gemüse und Fleisch mischen)
- Giftstoffe (zum Beispiel Reizgas) in geschlossene Räume in Lüftungen und Klimaanlage einbringen

>>>

COP® SPECIALS
März / April 2018
**Gültig vom 20.02. bis 30.04.2018

**MIT SHOPS IN
BERLIN · LEIPZIG
MÜNCHEN · WIEN**





**1 Handschuh
COP® SGX2 TS**
Art.-Nr: 3205GX2TS-Größe
Farbe: schwarz; Größen: XXS - 3XL
Material: 50% Synthetikleder,
50% Kunstfaser. Schnittschuttfutter aus
ARMOR-TEX®. Handinnenseite aus
weichem, Clarino®-Synthetikleder.

AKTIONSPREIS
€ 39,90
statt 55,99****

5
EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 3
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
Durchstichfestigkeit: Kategorie 3



**2 Combo Handfesselschlüssel
ZT11P + GearKeeper® RT5**
Art.-Nr: 310RT5ZT11P
1 Stk. Hohlschlüssel COP® ZT11P (310 ZT11P)
und 1 Stk. Micro GearKeeper® RT5 Cuff Key
(HHI-RT5-5830).

AKTIONSPREIS
€ 19,90
statt 29,99***



3 CANNAE UP Rucksack
Art.-Nr: CANCPGPPCB-S
Größe: 48 x 28 x 10 cm (H x B x T)
Volumen: 15 Liter
Material: 500D Cordura® Nylon
Farbe: schwarz; Gewicht: 0,7 kg
Der Einsatzrucksack im zivilen
Design von CANNAE ist sehr robust
und durchdacht gestaltet, somit ist
er Ihr zuverlässiger Begleiter für den
Einsatz oder Unterwegs.

AKTIONSPREIS
€ 99,90
statt 129,99***



**4 QuiqLite™ X-WW
Hand-Frei Akku-LED-Lampe
(weiß/weiß)**
Art.-Nr: QL-XWW
Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm
Gewicht: 42 g
Leistung: max. 150 Lumen
Wiederaufladbare "Hand-Frei"
Akku-LED-Lampe.

AKTIONSPREIS
€ 55,90
statt 64,99***

150 Lumen



**5 Einsatzstiefel
adidas® GS69.7**
Art.-Nr: 85G62307-Größe UK
Farbe: schwarz
Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14
Verfügbar in 1/2 Größen
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 600 g

AKTIONSPREIS
€ 139,90
statt 159,99***

Größe UK	3.5	4	4.5	5	5.5	6	6.5	7	7.5	8	8.5	9	9.5	10	10.5	11	11.5	12	12.5	13	13.5	14
Größe EU	36	36.5	37.5	38	38.5	39.5	40	40.5	41.5	42	42.5	43.5	44	44.5	45.5	46	46.5	47.5	48	48.5	49.5	50



**6 Polizeiausrüstungs-
tasche COP® 903 Light**
Art.-Nr. 903 BAG-L
Farbe: schwarz
Außenmaße: 50 x 26 x 32 cm (L x B x H)
Innenmaße: 48 x 20 x 30 cm (L x B x H)
Material: 100% Polyester
Tasche aus reißfestem, hochwertigem
Polyester. Die Rückseite des
Außenmaterials ist wasserab-
weisend beschichtet.

AKTIONSPREIS
€ 49,90
statt 69,99****



**7 SAFARILAND® 7004
(7TS-SLS) Takt. Oberschenkel-
holster Nylon SafariSeven™**
Art.-Nr. SL7004
Farben: schwarz oder beige (FDE brown)
Holster mit SLS-Sicherung.
Pflichtangaben
1. Waffe
2. Rechts- oder
Linkshänder
3. Farbe

AKTIONSPREIS
€ 179,90
statt 219,99***

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. ** ehemaliger Verkäuferpreis
** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Februar bis 30. April 2018

**COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail support@cop-gmbh.de**

www.cop-shop.de

Weil die jihadistischen Anschläge mit vier Passagierflugzeugen am 11. November 2001 ebenso von US-Sicherheitsbehörden nicht vorhergesehen wurden wie der auf das US-Kriegsschiff USS Cole am 12. Oktober 2000 werden hier verschiedene islamistisch-terroristische Anschlagsszenarien vorausgedacht (im Folgenden vgl. Goertz: Mögliche islamistisch-terroristische Angriffs- bzw. Anschlagssziele, Kriminalistik 12/2017).

Übersicht über islamistisch-terroristische Anschläge und Attentate

- 11.3.2004: „Bahnhof“, Madrid
- 7.7.2005: „U-Bahn und Bus“, London
- 7.1.2015: „Charlie Hebdo“, Paris
- 13.11.2015: „Stade de France, Konzert im Bataclan sowie gegen die Gäste zahlreicher Bars, Cafés und Restaurants“, Paris
- 14.2.2016: „Anschlag auf ein Kulturzentrum“, Kopenhagen
- 26.2.2016: „Safia S.“, Hauptbahnhof Hannover
- 22.3.2016: „Flughafen Brüssel-Zaventem und in der U-Bahn-Station Maalbeek“, Brüssel
- 16.4.2016: „Der Sikh-Tempel-Anschlag“, Essen
- 26.6.2016: „Der Anschlag in einer katholischen Kirche“, Saint-Étienne-du-Rouvray
- 14.7.2016: „Lkw“, Nizza
- 18.7.2016: „Regionalbahn“, bei Würzburg
- 24.7.2016: „Ansbach“
- 19.12.2016: „Weihnachtsmarkt“, Berlin
- 22.3.2017: „Westminster Bridge und Parlament“, London
- 3.4.2017: „Metro-Anschlag“, St. Petersburg
- 7.4.2017: „Lkw“, Stockholm
- 20.4.2017: „Anschlag auf den Champs-Élysées“, Paris
- 22.5.2017: „Popkonzert, Kinder“, Manchester
- 3.6.2017: „London-Bridge“, London
- 28.7.2017: „Messerangriff, Supermarkt“, Hamburg
- 17.8.2017: „Lkw“, Barcelona
- 1.10.2017: „Messer“, Marseille



Foto: Roland Weihrauch/dpa

Islamistische Angriffe und Anschläge auf Kindergärten und Schulen

Die zahlreichen Fälle von islamistisch-terroristischen Anschlägen auf Schulen und Schulbusse in Israel verdeutlichen, dass Jugendliche und Kin-

derschulen auf Kindergärten und Schulen verschiedene Taktiken und Wirkmittel denkbar, einerseits in Form von jihadistischen Hit-Teams, andererseits durch jihadistische Einzeltäter. Sowohl für die Lehrer, das Sekretariat und alarmierte Spezialkräfte der Polizeien kann sich das Bild von Amok- oder Geisellagen ergeben, die mit einem terroristischen Massaker verwechselt werden. Bei letzteren wie im Konzerthaus Bataclan war die Intention der islamistischen Terroristen zu keinem Zeitpunkt Geiseln gegen politische – beispielsweise die Entlassung von Gefangenen oder der Abzug von Streitkräften – oder finanzielle – Lösegeld – Zugeständnisse der französischen Regierung einzutauschen, sondern bestand ausschließlich darin, so viele wehrlose Menschen wie möglich zu töten.

Jihadistische Anschläge auf Schulen und Kindergärten können sich dabei Taktiken und Wirkmittel von Amok-Szenarien, zum Beispiel Messer, Schusswaffen, Sprengstoffgürteln bis hin zu mit Sprengfallen verbundenen Schülern bedienen. Jihadistische Selbstmordattentäter, ausgerüstet mit industriellem Sprengstoff oder



Foto: Frank Rumpenhorst/dpa

der keineswegs von der terroristischen Logik ausgeschlossen sind. Sowohl der Anschlag auf das Pariser Konzerthaus Bataclan am 13. November 2015 mit Schusswaffen und Sprengstoffwesten als auch der auf das Popkonzert am 22. Mai 2017 in Manchester verdeutlichen, dass diese terroristische Logik in Europa angekommen ist.

Ebenso wie bei anderen jihadistischen Szenarien sind auch bei

mit Selbstlaboraten entfalteten vor dem Hintergrund der Architektur von Schulen und Kindergärten – große Aulas, Sporthallen und Pausenhöfen – und der medizinisch leichteren Verletzbarkeit – besonders großen Schaden erzielen. So tötete der Selbstmordattentäter nach dem Popkonzert in der Manchester Arena 23 – davon waren 12 jünger als 16, das jüngste acht Jahre alt – Menschen und verletzte 116 mit



SICHERHEIT



Foto: Christian Charisius/dpa

einer Unkonventionellen Spreng- oder Brandvorrichtung (USBV) in einem Koffer.

Mögliche Abwehrmittel

Mögliche Abwehrmittel für Schulen und Kindergärten gegen jihadistische Anschläge sind panic rooms, die baulich auch nachträglich eingerichtet werden können, unter anderem auf der Hauptebene oder im Kellergeschoss. Ergänzt werden können diese Räumlichkeiten durch verstärkte, Schotts-artige Türen, was deutlich günstiger ist, als die Einrichtung von panic rooms. Ein weiteres Abwehrmittel sind verschiedenartige Kommunikationsmittel, die dafür dienen, dass polizeiliche Spezialkräfte – GSG9 und/oder SEK – schnellst möglich alarmiert

werden und in möglichst kurzer Zeit den Kindergarten oder die Schule erreichen können.

Institutionelle Abwehrmittel gegen jihadistische Anschläge stellen Sicherheitsbeauftragte analog zu den Brandschutzbeauftragten dar. Sicherheitsbeauftragte an Schulen und Kindergärten könnten als Multiplikatoren funktionieren, um ein generelles Bewusstsein unter den Pädagogen und Erziehern für terroristische Anschläge zu schaffen. Dieses ist einerseits bei der Taktik der Evakuierung und andererseits bei medizinischen Maßnahmen nach einem Massenansturm von Verletzten durch Terrorismus dringend notwendig. Zusammen mit den Sicherheitsbeauftragten sind Übungen, also das Simulieren von terroristischen Angriffen, um eine geordnete Evakuierung in panic rooms oder aus der Schule be-

ziehungsweise aus dem Kindergarten heraus, regelmäßig zu üben. Das Alter der Kinder und Jugendlichen ist ein besonderer Faktor bei Evakuierungen und erfordert regelmäßiges Üben. Allerdings sind diese Altersgruppen, anders als beispielsweise bei Patienten in Krankenhäusern oder alte Menschen, die bewegungseingeschränkt sind, bei entsprechend häufiger Wiederholung durchaus dazu in der Lage, Evakuierungen durchzuführen.

Angriffe auf Schiffe, Fähren und Tanker

Aufgrund ihrer laxen beziehungsweise gar nicht vorhandenen Sicherheitskontrollen vor dem boarding-Prozess der Passagiere bieten sich islamistische Angriffe oder Anschläge auf Schiffe, Fähren und Tanker geradezu an. Unter anderem ist dies der Fall, weil diese Transportmittel anders als Züge relativ leicht gekidnappt werden können und auf großen Seen oder in einem Meer sehr autonom sind. Verbunden mit einem autonomen Kurs in Gewässern ist die Fähigkeit, ungehindert auf sich nähernde polizeiliche Spezialkräfte einwirken zu können.

Schiffe, Fähren und Tanker werden in Deutschland täglich hundert- bis tausendfach für den Transport von Passagieren, häufig Urlauber und Pendler, aber auch Gütern genutzt. Tanker mit Gefahrgut wie Chemikalien oder Öl auf Flüssen wie dem Rhein, der Donau und der Elbe, die durch Städte oder nahe an ihnen vorbei fahren, sind ein lohnenswertes Ziel für Terroristen.

Bei entsprechenden jihadistischen Angriffen oder Anschlägen sind dabei

Anzeige



Habichtswald-Klinik, Wigandstraße 1, 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe



Habichtswald-Klinik

Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde
Psychosomatik · Innere Medizin · Onkologie

Vielfalt ist unsere Einzigartigkeit. Erfahrung unsere Stärke.

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten und Ressourcen wiederentdeckt, Selbstheilungskräfte frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen.

Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z. B. bei Tinnitus, Depression, Burnout oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter www.habichtswaldklinik.de oder gebührenfrei* unter 0800 890 11 00.

* aus dem deutschen Festnetz



SICHERHEIT



Foto: Frank May/dpa

zahlreiche Szenarien denkbar. Angriffe mit einem Schlauchboot oder kleinen Schiff samt USBV und/oder Sprengstoffgürtel auf die Außenwand von Schiffen, Fähren und Tankern

zur Geiselnahme der Crew der Brücke und/oder Passagieren mit Waffen wie Gewehren, Pistolen, Macheten, Messern, und Teppichmessern – möglicherweise ergänzt mit USBV und/oder Sprengstoffgürteln – sind möglich. Wie bei Angriffen auf Schulen und Kindergärten beschrieben, könnten die Polizeibehörden davon ausgehen, dass es sich um ein Geiselszenario handelt und nicht um ein „terroristisches Massaker“, siehe Mumbai und Bataclan. Bei der medial transportierten, öffentlichkeitswirksamen Ermordung von Geiseln wurden in Mumbai 174 Menschen ermordet, 239 wurden verletzt und im Bataclan wurden über 100 Menschen ermordet und Hunderte verletzt.

Sollte es den islamistischen Terroristen gelingen, die Brücke des Tankers, des Schiffs, der Fähre zu stürmen und zu kontrollieren, würden die Terroristen auch die Schotts des Schiffs kontrollieren und damit einerseits Zugang auf alle Passagiere haben. Andererseits könnten islamistische Terroristen, die Brücke und Crew kontrollieren, auch polizeilichen Spe-



Foto: CHROMORANGE/Karl-Heinz Spremberg/dpa

den Passagieren bewirken. Sprengstoffgürtel könnten aber auch sich annähernden Spezialkräften massive Verluste zufügen. Sowohl jihadistische Einzeltäter als auch Kleinstzellen und Hit Teams jihadistischer Organisationen wie der Al Qaida und des „Islamischen Staates“ (IS) könnten diese als Gepäck getarnt an Bord bringen. Eine signifikante Steigerung der Größe von USBV stellen die Option Pkw und Lkw auf Fähren oder großen Schiffen



Foto: Mohssen Assanimoghaddam/dpa

bieten sich auf Grund ihrer Verletzlichkeit gegen Sprengstoff an (siehe den Angriff auf die USS Cole in Aden, Jemen 2000). Abhängig von der Größe und der Bauart der Schiffe, Tanker und Fähren steigt die Wahrscheinlichkeit zu lecken und/oder zu sinken. Tanker oder Transportschiffe mit Chemikalien oder Öl hätten bei solch einem Szenarium enorme Langzeitwirkungen für Meere, Seen und Flüsse.

Weitere multiple Angriffsszenarien

zialkräften den Zugang zu Passagieren beziehungsweise wichtigen Orten des Schiffes versperren.

Große Wirkungen durch Sprengstoffgürtel

Bereits ein Sprengstoffgürtel (oder mehrere) könnten eine erhebliche Anzahl Ermordete unter der Crew, beispielsweise auf der Brücke, und unter

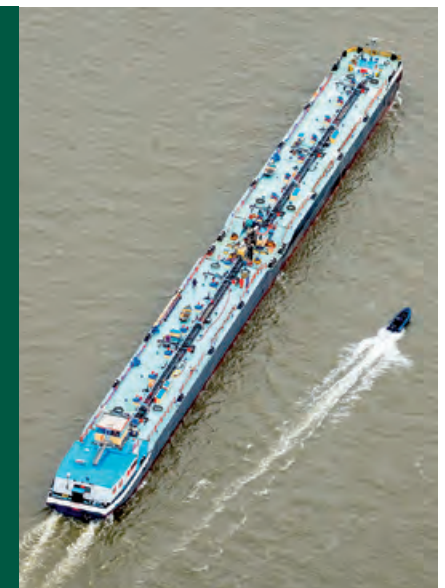


Foto: euroluftbild.de/Hans Blossey/dpa

dar. Mehrere Koffer, möglicherweise Schrauben und Muttern enthaltend, würden eine dramatische Schrappnellwirkung gegen die Passagiere erzeugen. Ein Lkw wiederum böte Raum für Dutzende bis Hunderte USBV, unter anderem gar ganze Container voll Sprengstoff, was recht wahrscheinlich zum Sinken des Schiffes, der Fähre, des Tankers führen würde.

Ergänzt werden könnten diese Szenarien und Wirkmittel durch Bild-,



SICHERHEIT

Ton- und Videoaufzeichnungen (live Übertragung auf jihadistischen Websites), um mit Aufnahmen verängstigter, verletzter, schreiender, sterbender Menschen – Passagiere und die Crew – das politisch-terroristische Ziel, Angst und Schrecken zu verbreiten, zu erreichen.

Übungen zur schnellen Alarmierung der Spezialkräfte

Um polizeiliche Spezialkräfte (GSG 9 und die SEK der Bundesländer) möglichst schnell zu alarmieren, muss die Crew durch Übungen, Simulation von terroristischen Angriffen drillmäßig dazu in der Lage sein, mit verschiedenen Kommunikationsmitteln, unter anderem einem silent arm, falls dieser geblockt ist, aber auch mit anderen Mitteln wie Funksprüchen, Mobiltelefonen und Computern. Verbunden damit ist der sichere Umgang der Crew mit einem Verlegen der Passagiere

hinter Schotts, in (künftig einzurichtenden) panic rooms beziehungsweise in Kabinen oder andere Räume.

Verstärkte Kabinen würden den Passagieren und Crew-Mitgliedern Schutz vor der Waffenwirkung von Terroristen bieten. Sollten sich die Reedereien gegen die Verstärkung der Kabinentüren entscheiden, bliebe die Option, einzelne größere Räume auf den jeweiligen Decks gegen Waffenwirkung zu verstärken.

Die Kontrolle über die Schotts und ihre Steuerung führt zur Kontrolle über die Passagiere und die Crew. Solange die Schotts von der Crew – idealerweise auch von einem Akteur der Reedereien und der Polizeibehörden – kontrolliert werden, können Compartments auf dem Schiff gebildet werden, um den Terroristen den Zugriff zu blockieren.

Wie bereits erwähnt, den Kommunikationsmitteln, Funkgeräten, Mobiltelefonen, Computern und silent alarms kommt eine entscheidende Bedeutung

zur Verbindungsaufnahme mit den Polizeien zu. Im besten Fall sind verschiedene silent alarms über das Schiff verteilt.

Andere Szenarien von islamistisch-terroristischen Anschlägen

- (Zeitlich versetzte) Würfe mit Steinen oder anderen schweren Gegenständen von Brücken oder von Gebäuden könnten Massenkarambolagen verursachen.

- Angriffe auf Politik, Ministerien, Behörden, behördliche Schulungseinrichtungen: Der Bundestag und die Landesparlamente sind gut geschützt, zahlreiche Behörden und behördliche Schulungseinrichtungen allerdings deutlich weniger. So hätten jihadistische Anschläge auf Schulungseinrichtungen von Sicherheitsbehörden erhebliche Auswirkungen für die per-

Anzeige



HAIX®

GEH GEMEINSAM MIT UNS AN DEINE GRENZEN

SURVIVAL Challenge

Du willst **ABENTEUER**? Du bist **MUTIG** und gehst gerne an Deine **GRENZEN**? **DANN MACH DICH BEREIT!** Denn HAIX® und Polizeipraxis schicken Dich in ein actionreiches Survival Camp ins Altmühltal!

Zeig uns, was Du drauf hast und gewinne ein spannendes Wochenende mit professionellen Survival-Guides. Zusammen mit einem Team von Abenteurern begibst Du Dich am 04. und 05.08.2018 auf eine Survival Tour, Übernachtung im Wald inklusive. Überwinde tosende Gewässer, lerne, Dich zu orientieren, Dich aus der Natur zu ernähren und auch in gefährlichen Situationen Ruhe zu bewahren. Besonders wichtig dabei: Stärke, Ausdauer, Mut & Teamgeist.

BEWERBUNG

mit kurzen Infos zu Deinen Survivalfähigkeiten, Kontaktdaten und Foto an:
haix-survival-challenge@polizeipraxis.de
Bewerbungsschluss ist der **15. Mai 2018**

Über die Auswahl der Gewinner entscheidet die Jury (HAIX® und Redaktion),
Teilnahmebedingungen: www.haix.com/survival-challenge

POLIZEI PRAXIS

f **t** **YouTube**

www.haix.com

sonelle Zukunft der betroffenen Sicherheitsbehörde.

- Kritische Infrastrukturen mit vitaler Bedeutung für die Zivilbevölkerung (unter anderem Krankenhäuser, Stromversorgung, Wasseraufbereitung) sind ebenfalls sehr unterschiedlich geschützt.

- Öffentliche Einrichtungen von symbolischem Charakter (Kirchen, Synagogen, Universitäten) sind sehr unterschiedlich gesichert beziehungsweise geschützt. Verschiedene Synagogen sind sehr gut geschützt, Kirchen und Universitäten allerdings gar nicht. Anschläge mit USBV oder Schusswaffen auf einen Audimax einer Universität beispielsweise würden auf Grund der räumlichen Enge Hunderte von Menschenleben bedrohen.

- Busbahnhöfe und Fernbusbahnhöfe sind weder polizeilich noch durch private Sicherheitsdienste geschützt.

- Anschläge auf Züge und Bahnhöfe sind wesentlich wahrscheinlicher als Anschläge auf Flughäfen, weil deren Sicherung seit dem 11. September 2001 den terroristischen Bedrohungen erheblich angepasst wurde.

- Giftstoffe, beispielsweise Reizgase in geschlossene und/oder offene Räume wie Flughäfen, Bahnhöfe, Sportstadien und Veranstaltungshallen durch Lüftungen und Klimaanlage eingebracht, sind ein terroristisches Szenario. Am 12. Februar 2017 wurden durch Reizgas am Flughafen Hamburg 68 Personen verletzt.

- Das worst-case-Szenario wäre ein islamistisch-terroristischer Absturz in ein Atomkraftwerk, wobei nach den ähnlichen Anschlägen des 11. September 2001 diverse Sicherheitsmaßnahmen (sky marshals beziehungsweise air marshals oder Flugsicherheitsbegleiter) zur Vermeidung eines solchen Szenarios getroffen wurden.

- Weitere worst case-Szenarien wären der Einsatz von biologischen und/oder chemischen Waffen. Die Kriege und Konflikte in Teilen von Syrien, des Irak und in Libyen haben die Wahrscheinlichkeit von „biologischen und chemischen Szenarien“ in Deutschland und Europa erheblich erhöht.

„Keine hoheitliche Maßnahme kann eine vollkommene Sicherheit gewährleisten!“

Ein Gespräch mit dem Ex-Datenschutzbeauftragten Peter Schaar

Peter Schaar (63) hat in seinem aktuellen Buch „Trügerische Sicherheit“ eindrucksvoll dargestellt, wie Terrorangst zu einer Erosion der offenen Gesellschaft führen kann. Der Chefredakteur der Zeitschrift „Die Kriminalpolizei“, Prof. Hartmut Brenneisen, traf sich in Berlin mit dem Autor und ehemaligen Bundesbeauftragten für den Datenschutz und sprach mit ihm über die Hintergründe des Werkes.

DEUTSCHE POLIZEI (DP): Sehr geehrter Herr Schaar, Sie werden häufig als Pionier des Datenschutzes bezeichnet, waren stellvertretender Datenschutzbeauftragter in Hamburg, zehn Jahre lang Bundesbeauftragter für den Datenschutz und sind heute Vorsitzender der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz (EAID). Muss über Datenschutz überhaupt noch gesprochen werden?

Peter Schaar: Datenschutz ist etabliert, er ist aber auch einem steten Wandel unterworfen und extremen Herausforderungen ausgesetzt. Insbesondere im Bereich der Technik hat sich in den letzten Jahren so viel verändert, dass kaum noch ein Stein auf dem anderen geblieben ist. Wir haben es heute mit einer Verknüpfung unterschiedlichster Elemente zu tun, die vor 20 Jahren kaum vorstellbar waren. Beispiele sind die rasant zunehmenden Verarbeitungskapazitäten, die digitale Videoüberwachung mit Mustererkennung aber auch die Bündelung von Funktionen in heutigen Smartphones. Der Datenschutz befindet sich in einem Zustand des Dauerstresses. Er muss sich immer wieder auf neue und größere Herausforderungen einstellen, um Gefahren für die Privatsphäre sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung abzuwehren.

DP: Nach den Anschlägen am 11. September 2001 in New York und Washington hat der damaligen Datenschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Helmut Bäumler, in einem NDR-Interview

interview darauf hingewiesen, dass die menschenverachtenden Angriffe den Datenschutz in der gesamten westlichen Welt treffen könnten. Hat Dr. Bäumler mit seiner Einschätzung Recht behalten?

Schaar: Uneingeschränkt ja! Die Realität hat Helmut Bäumler auf ganzer Linie bestätigt. Es wurden in großem Umfang Rechtsnormen geschaffen, die tiefgreifende Eingriffe in die Grundrechtspositionen der Menschen ermöglichen, deren tatsächliche Wirkung aber niemals zuverlässig durch neutrale Einrichtungen erforscht und bewertet worden ist.

DP: Sie stellen in Ihrem Buch fest, dass Regierungen und Parlamente vielfach genauso reagieren, wie es die Drahtzieher des Terrors kalkuliert haben. Sind unsere Politiker tatsächlich so berechenbar?

Schaar: Ich fürchte ja, allerdings gilt das natürlich nicht für alle Politiker in gleichem Maße. Häufig geht es verantwortlichen Sicherheitspolitikern in erster Linie um die sofortige Reaktion. Sie setzen Signale, die suggerieren, dass sie als gewählte Verantwortungsträger alles im Griff haben. Wenn man aber genauer hinschaut, zeigt sich, wie fadenscheinig dieser Eindruck ist.

DP: Der geschäftsführende Bundesinnenminister Thomas de Maizière wird von Ihnen mit den Worten zitiert: „Datenschutz ist schön, aber in Krisenzeiten wie diesen hat Sicherheit Vorrang“. Muss nicht gerade angesichts bestehender Terrorgefahren zwingend eine Fokussierung auf die Sicherheit erfolgen?

Schaar: Selbstverständlich gehört es zu den Aufgaben eines Innenministers, auf Gefahren zu reagieren und für ein möglichst hohes Maß an Sicherheit zu sorgen. Allerdings muss dies mit Augenmaß erfolgen. Dabei darf die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit nicht verlorengehen. Ich kritisiere das Amtsverständnis von Innenministern, die der Sicherheit einen nahezu absoluten Vorrang eingeräumt



GSZ – das gesamte Sicherheitsrecht im Blick.



Jetzt 2 Ausgaben GSZ gratis testen

Ihre GSZ-Vorteile auf einen Blick

- erste Fachzeitschrift für das gesamte Sicherheitsrecht
- Fachliches Forum für Rechtspraxis und Wissenschaft
- Plattform für aktuelle sicherheitspolitische Debatten
- alle zwei Monate neu mit Aufsätzen, der neuesten Rechtsprechung und Anmerkungen führender Experten
- alle Ausgaben auch online verfügbar

Die GSZ schlägt die Brücke

zwischen den verschiedenen Disziplinen des Sicherheitsrechts und bildet so die Zusammenhänge ab, wie sie in der Praxis bestehen. Die GSZ umfasst vor allem Polizei- und Ordnungsrecht ■ Einsatzrecht der Bundeswehr ■ Recht der Nachrichtendienste ■ Waffenrecht ■ Versammlungsrecht ■ Vereinsrecht ■ Recht der IT-Sicherheit ■ Sicherheitsgewerberecht ■ Strafrecht und Kriminologie ■ Europäischer »Raum der Sicherheit« (z.B. EUROJUST, EUROPOL) ■ Internationale Aspekte (z.B. humanitäres Völkerrecht) ■ Sicherheitspolitik.

GSZ – Zeitschrift für das Gesamte Sicherheitsrecht

1. Jahrgang. 2018.
Erscheint zweimonatlich.
Testen Sie 2 Ausgaben der GSZ gratis.

Schnell und einfach unter www.beck-shop.de/go/GSZ

Fundiert und praxisnah

Im Mittelpunkt stehen die aktuellen Themen aus der Rechtspraxis wie etwa ■ Umgang mit terroristischen Gefährdern ■ Einsatz von bewaffneten Drohnen ■ Polizeiliche Verwendung von Bodycams und Dashcams ■ Verbreitung von Fake News ■ Videoüberwachung mit biometrischer Gesichtserkennung ■ Zukunft der Vorratsdatenspeicherung ■ Organisierte Kriminalität ■ Extremismusbekämpfung ■ Praxis der Vereinsverbote ■ Einsatz von V-Leuten ■ internationale Zusammenarbeit.





Peter Schaar, ehemaliger Bundesbeauftragter für den Datenschutz. Foto: Roland Popp/dpa

haben. Dies gilt nicht nur für Thomas de Maizière, auch Otto Schily oder Hans-Peter Friedrich hatten eine vergleichbare Grundeinstellung.

DP: Sie gehen kritisch auf die Rolle der Medien ein und bemerken, dass diese erst die „Bühne“ bereiten und damit die angestrebte Aufmerksamkeit bei besonderen Gefahrenlagen gewährleisten. Halten Sie eine „Koalition der Vernünftigen“ für möglich?

Schaar: Ich setze auf die Verantwortung der Medien, denn ihnen kommt in der Tat eine herausragende Rolle in unserer freiheitlichen Demokratie zu. Allerdings stehen die Medien in einem ständigen Konkurrenzkampf, so dass sie sich im Grunde in einer Art Zwickmühle befinden, aus der sie nur mit großer Anstrengung enttrinnen können. Die geforderte Quote oder Auflage steht häufig einer seriösen und verantwortungsvollen Berichterstattung entgegen. Dennoch oder gerade deswegen sollten sich Journalisten immer wieder die Wirkung ihrer Berichterstattung bewusst machen.

DP: Noch einmal zum 11. September 2001. Sie weisen in diesem Zusammenhang auf die erste bundesweite Rasterfahndung nach dem RAF-Terrorismus hin und verbinden diese Maßnahme mit tiefgreifenden Grundrechtseingriffen sowie einer Suche nach der „Stecknadel im Heuhaufen“. Der unbescholtenen Bürger merkt von einer Rasterfahndung doch gar nichts, warum also die Aufregung?

Schaar: Der Bürger merkt allerdings nur dann nichts davon, wenn er nicht

im Netz hängen bleibt. Ganz anders ist es bei denen, die den Rasterkriterien entsprechen. Es ist zwar richtig, dass in der „Erstrasterung“ die Eingriffstiefe nicht allzu groß ist, aber spätestens bei Folgemaßnahmen kann der Eingriff dann sogar außergewöhnlich sein. So gab es nach dem 11. September nahezu 32.000 Treffer, die vom Bundeskriminalamt in der Datei „Schläfer“ gespeichert und mit weiteren Datenbeständen, etwa mit dem Register der Inhaber von Fluglizenzen abgeglichen wurden. Die verbleibenden Trefferfälle, es ging immerhin noch um mehrere tausend Personen, wurden manuell abgeklärt. Gerade diese Recherchen waren es, die zum Teil deutliche Irritationen in deren Umfeld verursachten und bisweilen zu echten Nachteilen geführt haben. So wurden Personen am Arbeitsplatz oder an ihren Bildungsstätten aufgesucht und befragt. Kollegen, Kommilitonen, Nachbarn, Freunde und Familienangehörige haben davon etwas mitbekommen. Diese mit der Rasterfahndung verbundenen Eingriffe müssen stets in das Verhältnis zum Anlass und zu erwartendem Ergebnis gesetzt werden. Aufgrund der nach 9/11 durchgeführten Rasterfahndung wurde meines Wissens niemand angeklagt oder verurteilt.

DP: Unter dem Titel „Überstunden für den Gesetzgeber“ sprechen Sie von einem Aktionismus des Gesetzgebers nach Terroranschlägen und fordern eine analytische Normevaluation. Wissen die Sicherheitsbehörden nicht am besten, wo Regelungslücken vorhanden sind?

Schaar: Alle Erfahrungen sprechen dagegen, dass die Behörden hier einen freien Blick haben. Die Institutionen, die durch Maßnahmen gestärkt werden sollen, dürfen nicht zugleich mit der Überprüfung beauftragt werden – da ist einfach eine Befangenheit gegeben. Sicherheitsbehörden unterscheiden sich im Übrigen hier auch nicht von Datenschutzbeauftragten, wie ich gestehen muss. Eine unabhängige Evaluation wäre sehr viel wirksamer. Sie ist auch verfassungsrechtlich geboten, um zu einer neutralen Bewertung zu kommen und einer immer weitergehenden Aufsichtung von überflüssigen Rechtsnormen gezielt entgegen zu wirken. Allein dadurch kann die Effektivität und Effizienz zuverlässig geprüft und die Eingriffstiefe ausgelotet werden, die mit der Anwendung der Bestimmungen verbunden ist.

DP: Die Halbwertzeit von Rechtsnormen ist in Bund und Ländern zum Teil erstaunlich gering, und es entsteht manchmal der Eindruck einer Alibigesetzgebung. Teilen Sie diese Bewertung und wie kann dem entgegengewirkt werden?

Schaar: Ja, dieser Eindruck drängt sich geradezu auf. Wichtig ist nach meiner Einschätzung, dass der Gesetzgeber der Versuchung widersteht, den vermeintlich einfachen Weg zu gehen. Auf Dauer führt es zu einem fatalen Vertrauensverlust, wenn Sicherheitsversprechen erfolgen, die tatsächlich nicht eingehalten werden können. Zudem darf nicht vergessen werden, dass zusätzliche Befugnisse auch wichtige Ressourcen binden, die dann an anderer Stelle fehlen. Neue Rechtsnormen allein bringen im Regelfall keinen Zugewinn an Sicherheit.

DP: Sie warnen vor einem „Primat der Sicherheit“, welches nach Ihrer Auffassung eine „fatale Dynamik“ auslösen kann. Welche Gefahr sehen Sie konkret?

Schaar: Keine hoheitliche Maßnahme kann eine vollkommene Sicherheit gewährleisten! Gibt es zum Beispiel eine Rechtsgrundlage für den „Lauschangriff“, könnten sich die betroffenen Personen auf andere Weise verständigen. Reagiert der Staat darauf, kommt es zu einer Verdrängung in weniger überwachte Bereiche. Ziehen die Sicherheitsbehörden auch dann nach, entsteht eine Dynamik, die mit einem sich ausweitenden Ölfleck zu vergleichen ist. Mehr Überwachung wird niemals ausreichen, um jeder denkbaren Gefahr zu begegnen! Es werden trotz



SPAREN SIE SICH DAS.

Sie, liebe GdP-Mitglieder, erhalten bei uns mehr fürs Geld. Buchen Sie 7 Nächte und zahlen nur 6. Bei 14 Nächten zahlen Sie nur 12 bzw. 11. Unterm Strich bedeutet das, Sie sparen einfach (oder doppelt). Exklusiv und günstig.

Sparen Sie
bis
252,-
€ als GdP Mitglied

SÜDFRANKREICH – EIN SOMMERTRAUM

z.B. 7.4.-12.5.2018
Im Feriencenter Las Tourelles in Sainte Maxime an der
sonnenverwöhnten Côte d'Azur, 14 Übernachtungen
bis 2 Personen, Preis pro Ferienwohnung „Grimaud“
nur **780,-** EUR / 14=12 Aktion

Sparen Sie
bis
156,-
€ als GdP Mitglied

RÜGEN – EINE SOMMERINSEL

z.B. 7.-28.6.2018
In den Rügener Ferienhäusern am Hochofer,
7 oder 14 Übernachtungen bis 2 Personen,
Preis pro Studio „Mönchgut“
nur **444,-** EUR / 7=6 Aktion
nur **888,-** EUR / 14=12 Aktion

Sparen Sie
bis
143,-
€ als GdP Mitglied

USEDOM - FAMILIEN-URLAUSPARADIES

z.B. 7.-28.4.2018
Ferienzentrum Trassenmoor auf Usedom,
7 oder 14 Übernachtungen bis 4 Personen,
Preis pro Ferienwohnung „Zinnowitz“
nur **426,-** EUR / 7=6 Aktion
nur **781,-** EUR / 14=11 Aktion

Sparen Sie
bis
204,-
€ als GdP Mitglied

ALLGÄU – URLAUB AUF DEM LAND

z.B. 30.6.-14.7.2018
Im Ferienclub Maierhöfen im Allgäu,
7 oder 14 Übernachtungen bis 4 Personen,
Preis pro Bungalow „Edelweiß“
nur **588,-** EUR / 7=6 Aktion
nur **1.176,-** EUR / 14=12 Aktion
Im Hotel „Das Allgäu“, 7 oder 14 Übernachtungen,
Preis pro Person im Doppelzimmer „Classic“, inkl. FP
nur **378,-** EUR / 7=6 Aktion
nur **756,-** EUR / 14=12 Aktion

Als GdP-Mitglied erhalten Sie auf
GEW-Urlaubsangebote von Sylt bis
an die Côte d'Azur für 2018 Sonder-
rabatte von bis zu 30%. Weitere
Informationen und Buchung auf
bonusportal.gew-ferien.de

größter Bemühungen immer „blinde Flecken“ bleiben. Im Ergebnis nähern wir uns so einem Zustand, in dem wir in allen Lebenssituationen überwacht und kontrolliert werden. Je ungezielter eine Maßnahme aber ist, desto mehr geht sie zu Lasten der Freiheitsrechte aller Bürgerinnen und Bürger. Dies wäre mit meiner Vorstellung einer freiheitlichen Demokratie nicht zu vereinbaren.

DP: Führen mehr erhobene Daten zugleich zu einer höheren Sicherheit für die Bürger?

Schaar: Dies ist ein entscheidender Punkt, denn eine solche Zwangsläufigkeit gibt es eben gerade nicht. Wenn es darum geht, konkrete Gefahren zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen, ist es sehr leicht möglich, dass Sicherheitsbehörden aufgrund der Fülle vorhandener Daten die eigentlich relevanten Informationen nicht mehr wahrnehmen oder diese falsch deuten. Dies sehe ich gerade in der Terrorismus-Bekämpfung aktuell als das größte Problem an. Der Fall Anis Amri unterstreicht dies eindrucksvoll, denn hier waren Informationen ja bekanntlich in Hülle und Fülle vorhanden.

DP: Befinden sich Freiheit und Sicherheit in Deutschland heute noch in einem ausgewogen Verhältnis?

Schaar: Nein, diese Ausgewogenheit ist in den letzten 15 Jahren leider weitgehend verloren gegangen. Es gibt zwar immer wieder spektakuläre Einzelentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) und neuerdings auch des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), die signalisieren, dass nicht alle gesetzlichen Einschränkungen der Grundrechte kritiklos hingenommen werden. Aber im Ergebnis nimmt die Überwachung weiter zu. Besonders problematisch bewerte ich im Übrigen die Tendenz, dass Sicherheitsbehörden in eine Art Wettbewerb mit Privatunternehmen beim Einsatz neuer Überwachungstechniken treten oder Unternehmen verpflichten, Schwachstellen in ihre Systeme einzubauen, damit sich diese besser überwachen lassen.

DP: Sehr geehrter Herr Schaar, ich bedanke mich für dieses Gespräch und wünsche Ihnen auch für Ihr künftiges Engagement im Interesse des Grundrechtsschutzes viel Erfolg.

Schreibwerkstatt der Polizei-Poeten

Die Polizei-Poeten laden wieder zu einer Schreibwerkstatt ein. Kurzent-schlossene Interessenten treffen sich vom 9. bis 11. März 2018 in der Hochschule für Polizei im baden-württembergischen Villingen-Schwenningen in der Sturmbühlstraße 250. Als Gäste des Workshops werden die Autoren Ulrike Wörner und Ulrich Hefner erwartet.

Das Programm:

Freitag, 9. März, 18 bis 19 Uhr

Mitgliederversammlung Polizei-Poeten e. V., anschließend Kamingespräch: Neues aus der Literaturszene; Austausch mit Referenten und Teilnehmerinnen und Teilnehmern

Samstag, 10 März, 9 bis 17 Uhr

Ulrike Wörner – Einblicke in die Werkstatt für Literarisches Schreiben

Wörner, geboren 1969, studierte Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaften, Politikwissenschaft und Germanistik, ist Geschäftsführerin des fbk Baden-Württemberg und lehrt seit 1999 Literarisches Schreiben im In- und Ausland.

Publikationen: Ulrike Wörner, Tilman Rau. Erzählendes Schreiben im Unterricht. Praxismaterial. Klett-Kallmeyer. Seelze 2016; Ulrike Wörner, Tilman Rau, Yves Noir. Erzählendes Schreiben im Unterricht. Klett-Kallmeyer. Seelze 2012.

Die Vermittlung von Grundlagen und Feinheiten des literarischen Schreibens stehen im Mittelpunkt der Werkstatt.

Modul 1

Ausgehend von literarischen Texten zeitgenössischer Autoren und Einblicken in die Literaturgeschichte werden unterschiedliche Übungen durchgeführt, die literarisch Unerfahrenen und Erfahrenen einen neuen Zugang zum Schreiben zeigen.

Modul 2

Übungen zu Perspektive, Dialog oder Figurenzeichnung – ganz nach Wunsch der Teilnehmenden.

Modul 3

In der Gruppe diskutieren wir Texte, erläutern Stärken oder Schwächen sowie Anregungen zur Überarbeitung.

Sonntag, 11. März, 9 bis 12.30 Uhr

Schreibwerkstatt mit Ulrich Hefner

Hefner wurde bekannt mit seiner

Krimiserie um den Hauptkommissar Trevisan aus Wilhelmshaven. Der Durchbruch gelang ihm mit seinen Thrillern „Die dritte Ebene“, „Die Bruderschaft Christi“, „Mutiert“ und „Blutinsel“.

Übungen zu Spannung und Plot – ganz nach Wunsch der Teilnehmenden.

Kosten:

80 Euro (inclusive Schreibwerkstatt, Übernachtung, Abendessen am Freitag und Frühstück am Samstag und Sonntag)

Jetzt noch schnell: Anmeldung bis 5. März 2018 an volkeruhl@polizei-poeten.de

Volker Uhl



18. bundesweites Justiz-Motorradtreffen

Zum nunmehr 18. bundesweiten Motorradtreffen der Justiz laden motorradbegeisterte Justizvollzugsbeamte der JVA Untermaßfeld vom 13. bis 15. Juli nach Thüringen ein. Nach Auskunft der Ausrichter findet das traditionsreiche Treffen das erste Mal in den „neuen“ Bundesländern statt. Somit sei es an sich schon etwas Besonderes. Ein solches Treffen werde nur mit „euch zu dem, was es ist“, und daher seien natürlich auch Kolleginnen und Kollegen anderer befreundeter Behörden wie Polizei, Feuerwehr und viele mehr recht herzlich eingeladen. Nähere Informationen darüber offenbart die Homepage: www.die-turmfalcken-untermassfeld.jimdo.com

Maurice Vogt

Mehr Informationen zum Motorradtreffen.



GdP fordert bundesweite Statistik zu Messerangriffen

Früher wurden aus dem Ruder laufende Konflikte nicht selten mit Fäusten „geklärt“, heute ist immer öfter ein Messer im Spiel. Die Stichwaffe gehöre mittlerweile zur Ausstattung vieler 15- bis 30-Jähriger, so polizeiliche Erfahrungswerte. Angesichts dieser gefährlichen Entwicklung hierzulande fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine gesellschaftliche Grundsatzdebatte über wirksame Gegenmaßnahmen.

Politik und Justiz benötigten aussagekräftige Lagebilder, um Straftaten mit einem solchen, jederzeit verfügbaren und höchst gefährlichen Tatmittel auf denkbare Strafverschärfungen zu prüfen.

„Die Verunsicherung der Bürger ist regelrecht spürbar, weil kaum noch ein Tag vergeht, an dem nicht Polizeimeldungen über gefährliche oder sogar tödliche Messerattacken bekannt wer-

den“, betonte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow in Berlin.

Drohmittel Messer

„Nicht nur meine Kolleginnen und Kollegen registrieren immer wieder Angriffe mit Messern, die oftmals versteckt am Körper getragen werden. Selbst bei augenscheinlich kleinsten Auseinandersetzungen zwischen

Menschen im Alltag wird ein Messer häufig als Drohmittel eingesetzt“, stellte Malchow fest. Es sei höchste Zeit, diesem Deliktphänomen auf den Grund zu gehen. Dazu gehöre natürlich auch, mit Messern begangene Straftaten bundesweit zu erfassen und Täterkategorien zu bilden.

Der GdP-Bundesvorsitzende plädierte zugleich für einen Schulterchluss von Polizei und Justiz. Täter sollten vor Gericht viel öfter die Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. Das sei aber nur möglich, wenn Staatsanwaltschaften und Richter Messerangriffe als schwerwiegende Straftat bewerten. „Wir setzen auf die abschreckende Wirkung spürbarer Strafen“, sagte Malchow. **wsd**

Anzeige

NIE WIEDER EINEN SCHUSS IN DIE DUNKELHEIT ABGEBEN

HIER KOMMEN DIE AUF EINER WAFFE MONTIERBAREN STRAHLER TLR-7® & TLR-8®

- NIEDRIGES PROFIL 500 LUMEN LAMPEN MIT BEIDHÄNDIGEM DRUCKSCHALTERBETRIEB
- SICHERE MONTAGE AUF EINEM BREITEN SPEKTRUM GROBER UND KOMPAKTER HANDFEUERWAFFEN
- TLR-8 MIT ROTEM LASER FÜR RICHTIGES ZIELEN

© 2018 Streamlight Inc.

STREAMLIGHT®
STREAMLIGHT.COM

BESUCHEN SIE UNS AM IWA STAND # 9-514



VOLLTREFFER



WM Faltpfanner

Alle Gruppen und Spiele im handlichen Taschenformat mit Tabellen zum Eintragen der Ergebnisse.
Format: 8 x 19 cm

WM Broschüre

Alle Mannschaften, Stadien und Spiele mit umfangreichen Hintergrundinformationen zur WM 2018.
Format: 9 x 15,3 cm



WM Wandplaner

Das ganze Turnier auf einen Blick zum Selbstauffüllen.
Format: 42 x 59,4 cm

Fußball-WM 2018 Russland

Gewerkschaft der Polizei

Achtelfinale

Sieger C	Zweiter D
AF 2 – 30. 6., 20:00 Uhr, Sotschi	
Sieger A	Zweiter B
AF 3 – 1. 7., 16:00 Uhr, Moskau	
Sieger B	Zweiter A
AF 4 – 1. 7., 20:00 Uhr, Nischni Nowgorod	
Sieger D	Zweiter C
AF 5 – 2. 7., 16:00 Uhr, Samara	
Sieger E	Zweiter F
AF 6 – 2. 7., 20:00 Uhr, Rostow am Don	
Sieger G	Zweiter H
AF 7 – 3. 7., 16:00 Uhr, Sankt Petersburg	
Sieger F	Zweiter E
AF 8 – 3. 7., 20:00 Uhr, Moskau	
Sieger H	Zweiter G
AF 8 – 3. 7., 20:00 Uhr, Moskau	

Viertelfinale

Sieger AF 1	Sieger AF 2
VF 1 – 6. 7., 16:00 Uhr, Nischni Nowgorod	
Sieger AF 6	Sieger AF 5
VF 2 – 6. 7., 20:00 Uhr, Kasan	
Sieger AF 8	Sieger AF 7
VF 3 – 7. 7., 16:00 Uhr, Samara	
Sieger AF 3	Sieger AF 4
VF 4 – 7. 7., 20:00 Uhr, Sotschi	

Halbfinale

Sieger HF 1	Sieger HF 2
HF 1 – 10. 7., 20:00 Uhr, Sankt Petersburg	
Sieger VF 1	Sieger VF 2
HF 2 – 11. 7., 20:00 Uhr, Luschniki	
Sieger VF 3	Sieger VF 4

Finale

Sieger HF 1	Sieger HF 2
15. 7., 17:00 Uhr, Luschniki	

Gruppe	Mannschaft	Spieltage	Stadion	Uhrzeit	Gruppe	Mannschaft	Spieltage	Stadion	Uhrzeit
A	Russland	1			B	Portugal	1		
	Saudi-Arabien	2				Spanien	2		
	Ägypten	3				Marokko	3		
	Uruguay	4				Iran	4		
C	Frankreich	1			D	Argentinien	1		
	Australien	2				Island	2		
	Peru	3				Kroatien	3		
	Dänemark	4				Nigeria	4		
E	Brasilien	1			F	Deutschland	1		
	Schweiz	2				Mexiko	2		
	Costa Rica	3				Schweden	3		
	Serbien	4				Südkorea	4		
G	Belgien	1			H	Polen	1		
	Panama	2				Senegal	2		
	Tunesien	3				Kolumbien	3		
	England	4				Japan	4		

Alle Angaben ohne Gewähr. www.wm2018.ru

FÜR DIE FUSSBALL-WM



Torwandkarte

NEU

Die Grußkarte mit dem „Kick“. Einfach die vorgestanzten Bälle austrennen, ineinander stecken und fingerschnippend Tore schießen!
Format: 21 x 10,5 cm



Lautstark für Dein Team!

Klatschkarte

NEU

Die lautstarke Unterstützung für deine Mannschaft!
Format: 42 x 30 cm

Best.-Nr.	Artikel	GdP-Mitglieder	Normalpreis	Bestellmenge
250850	WM Broschüre	☀ 0,60 €	0,75 €	
250851	WM Wandplaner	☀ 0,35 €	0,45 €	
250852	WM Faltplaner	☀ 0,15 €	0,20 €	
250853	Torwandkarte	☀ 1,00 €	1,20 €	
250854	Klatschkarte	☀ 0,60 €	0,75 €	



ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Letzter Bestelltermin: 31. März 2018.
Auslieferung erfolgt ab Mitte Mai 2018.

Ein Versand mit Werbemitteln aus dem Werbemittel-Shop ist leider nicht möglich.

Weitere Polizeiartikel und nützliche Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de

GdP-Stand: Beliebter Treff zum Informationsaustausch

Der Europäische Polizeikongress in Berlin nimmt im Veranstaltungskalender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Februar einen festen Platz ein. Der weiträumige Stand der weltweit größten Polizeigewerkschaft inmitten weiterer Interessenvertretungen und vieler Aussteller war auch in diesem Jahr wieder ein gut besuchter Treffpunkt bei der 21. Ausgabe des Informationsforums für Polizisten, Kriminalisten und Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland. GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, seine Stellvertreter Jörg Radek, Arnold Plickert und Dietmar Schilff sowie die weiteren Mitglieder des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes Jörg Bruchmüller, Clemens Murr und Hagen Husgen waren am GdP-Stand gefragte Gesprächspartner. Unter dem Veranstaltungsmotto „Sicherheit besser vernetzen: Information – Prävention – Repression“ lag der Schwerpunkt der Vorträge und Fachforen auf den polizeilichen und rechtlichen Herausforderungen des Cyber-Zeitalters.

Zu komplex und zu langsam

Malchow appellierte am Rande des Polizeikongresses an die Politiker in Bund und Ländern, sich mit Nachdruck für eine Kompatibilität der polizeilichen IT-Systeme und einen bundeseinheitlichen Standard einzusetzen. „Straftäter agieren immer häufiger über nationale Grenzen hinweg, sie sind hochmobil und international vernetzt. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der immer häufiger und gefährlicher werdenden Cyber-Attacks stellen unsere Sicherheitsbehörden vor immer größere Herausforderungen. Mit unserer derzeitigen polizeilichen IT-Landschaft können wir diese Herausforderungen nicht meistern. Sie ist zu komplex und zu langsam“, sagte er und verwies auf die Föderalismusreform, die auf vielen Feldern zu einem polizeilichen und rechtlichen „Flickenteppich“ geführt habe.

Auf Fachforen legten Murr und Bruchmüller die Sichtweise der Gewerkschaft zur Unterstützung der Demonstrationslagen durch die Bereitschaftspolizeien beziehungsweise zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum dar.

Kaum Zeit zum Luftholen

Die Bereitschaftspolizeien (BePo) der Länder und des Bundes haben sich Murr zufolge im vergangenen Jahrzehnt zu einem stabilen Pfeiler bei

der Bewältigung von jährlich vielen Tausend Lagen in Deutschland entwickelt. Die 16.500 Einsatzkräfte der Länder leisteten insbesondere bei den



GdP-Chef Oliver Malchow mit einem TV-Team für ein Fernsehteam.

Foto: Zielasko

unzähligen Demonstrationen als Unterstützer einen elementaren Beitrag für einen zumeist friedlichen Ablauf. „Meine Kollegen und Kollegen kommen kaum zum Luftholen, sind von Montag bis Sonntag von Garmisch bis Flensburg unterwegs“, sagte der GdP-BePo-Experte auf dem Fachforum zu diesem Thema und nannte Beispiele: Ostermärsche, 1. Mai, Sicherheitskon-

ferenz München, Anti-TTIP-Veranstaltungen, PEGIDA oder G20-Gipfel in Hamburg.

Nur auf dem Papier

Angesichts dieser Belastungen werde jedoch ein Problem außer Acht gelassen: „Kaum irgendwo entspricht der Personalstand auf dem Papier auch dem tatsächlichen Ist-Zustand. Die BePo-Kräfte werden nur allzu gerne dazu verwendet, um personelle Fehlbestände der anderen Polizeiverbände auszugleichen oder zumindest zu mildern.“ Die Folge: Die Unterstützungsanforderungen gerade der Landespolizei an die BePo hätten aufgrund der allgemeinen Kriminalitätslage und besonderen Einsatzlagen zugenommen. „Registrierten wir 2004 nur 41 länderübergreifende Einsätze, so gab

es 2017 deutlich mehr als 200“, erklärte Murr.

Er appellierte an die politischen und polizeilichen Entscheidungsträger, dringend über eine Aufstockung von BePo-Einsatzeinheiten zu diskutieren und letztlich positiv zu bescheiden. Nur so könnten künftig die sicherheitspolitischen Herausforderungen personell bewältigt werden und auch



auf unerwartete polizeiliche Lagen und neuartige Phänomene zuverlässig reagiert werden.

Dramatische Unterfinanzierung

Ein weiter dringend zu lösendes Problem stellt Murr zufolge die dramatische Unterfinanzierung bei der Sachausstattung der BePo dar: „Wir gehen von einem Investitionsdefizit von etwa 100 Millionen Euro aus, um beispielsweise unseren Bedarf an Einsatzfahrzeugen aber auch sonstigen modernen Führungs- und Einsatzmitteln zu decken.“ Hier sei der Bund in der Pflicht, da dieser die Finanzhoheit bei der Ausstattung der Länder-BePo innehat. Die GdP fordert seit Langem die Aufstockung des Etats des dafür zuständigen Inspektors der Bereitschaftspolizeien auf jährlich 50 Millionen Euro, derzeit werden lediglich circa 20 Millionen für alle Länderbereitschaftspolizeien hierfür vorgesehen.

Videoüberwachung: Spagat zwischen Ermittlungserfolg und Datenschutz

Videoaufnahmen sind nach GdP-Auffassung ein wirksames Instrument zur Aufklärung von Straftaten. „Kaum waren die von einer Überwachungskamera aufgezeichneten Bilder des sogenannten Berliner U-Bahn-Treters oder des Brandanschlags auf einen Obdachlosen in einer U-Bahnstation in den Medien veröffentlicht worden, liefen auch schon die ersten Hinweise auf mutmaßliche Täter bei der Polizei ein. Und unsere Kolleginnen und Kollegen brauchten dann nicht mehr lange, um die Täter zu fassen. Solche relativ schnellen Ermittlungserfolge liefern gute Argumente für die permanente Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Bereiche“, betonte Bruchmüller.



GdP-EU-Experte Jörg Bruchmüller erläuterte in einem sogenannten Fachpanel die Position der GdP zur Videoüberwachung.
Foto: Zielasko

Notwendige Grenzziehungen

Zudem fühle sich die Öffentlichkeit an der Festnahme mittelbar beteiligt und sehe sich in ihrer Auffassung: Opfer- vor Täterschutz bestärkt, erklärte Bruchmüller, verwies aber gleichzeitig auf rechtlich wie ethisch notwendige Grenzziehungen für den Einsatz dieser sich ständig weiterentwickelnden Technik. Bruchmüller: „Das Bundesverfassungsgericht hat schon eine blo-



Bereitschaftspolizisten unter sich: Wolfgang Sommer (r.), Präsident der bayerischen Bereitschaftspolizei, und Clemens Murr, BePo-Fachmann im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand.

Foto: Zielasko

ße Kamera-Monitor-Übertragung als intensiven Grundrechtseingriff bewertet, weil der Betroffene davon abgehalten werden könnte, seine Grundrechte wahrzunehmen.“

Polizeilich sinnvoll

Innerhalb des momentan abgesteckten rechtlichen Rahmens hält die Gewerkschaft der Polizei Videoüberwachung für technisch umsetzbar und polizeilich sinnvoll. Eine Ausweitung der Maßnahme könne jedoch nur für solche Orte erfolgen, die erstens als gefährliche Orte zu bewerten seien, oder auch besondere Erkenntnisse aus der Terrorismusbekämpfung zu Grunde lägen wie bei Weihnachtsmärkten. Flächendeckende Überwachung beispielsweise von Stadtteilen ohne nachvollziehbare und überprüfbare Gefährdungsexpertisen lehne die GdP weiterhin ab.

„Fakt ist aber auch, dass es für die Polizei zunehmend schwieriger wird, den Spagat zwischen individueller und kollektiver Sicherheit, also vor allem polizeilicher Prävention und Repression, und prinzipiell nützlichen Einsatzmitteln wie Videoüberwachung, die einer verfassungsmäßigen gesetzlichen Grundlage bedürfen, zu halten“, verdeutlichte der Gewerkschafter, der für die GdP in Brüssel seit fast zwei Jahren internationale Aufgaben wahrnimmt.

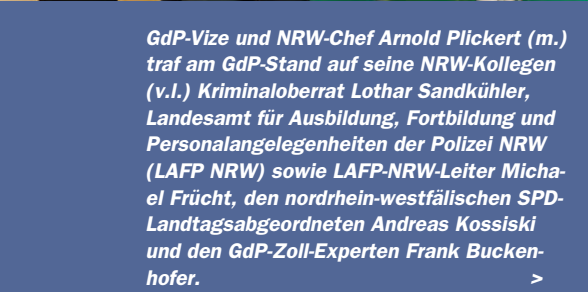
wsd/mzo



EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS



Der GdP-Kongressstand: Beliebter Anlaufpunkt für Netzwerker und vertiefende Gespräche.



GdP-Vize und NRW-Chef Arnold Plückert (m.) traf am GdP-Stand auf seine NRW-Kollegen (v.l.) Kriminaloberrat Lothar Sandkühler, Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) sowie LAFP-NRW-Leiter Michael Frücht, den nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsabgeordneten Andreas Kossiski und den GdP-Zoll-Experten Frank Buckenhofer.



Der niedersächsische CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Adasch im Gespräch mit GdP-Vize Dietmar Schillf (r.) und Dieter Käufer (m.), GdP-Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei. Fotos (6): Zielasko



Thomas Striethörster, Präsident der Bundespolizeidirektion Berlin, mit GdP-Vize Jörg Radek (l.).



Jörg Bruchmüller, der GdP-Mann für Internationales, präsentiert einer Delegation der polnischen Tarifbeschäftigtengewerkschaft NSZZP einen GdP-Imagefilm. Am Tag zuvor war die Abordnung aus dem östlichen Nachbarland zu Gast in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle, wo sie mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow internationale Fragen erörterten.



EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS



Gesprächs-Hotspot GdP-Stand (v.l.): GdP-Chef Oliver Malchow, Johann Kühme, Polizeipräsident Oldenburg, Christiana Berg, Präsidentin der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD), GdP-Bundeskassierer Jörg Bruchmüller, Max Hofmann, Generalsekretär der schweizerischen Polizeigewerkschaft VSBP und GdP-Vize Dietmar Schilff, GdP-Vize und NRW-Chef Arnold Plickert.

„Einige nennen es Strategie, aber eigentlich ist es nur kompliziert“, sagte Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), zur Polizei-IT.



„Hinter der Uniform stecken Menschen“. Dr. Günter Krings, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern.



Thomas Przybyla, ständiger Vertreter des Präsidenten der Bundespolizeidirektion Hannover (r.), tauscht sich mit Jörg Radek, GdP-Bundespolizei, aus.

Fotos (7): Zielasko



Bernd Paul (2.v.l.), Polizeipräsident Mittelhessen diskutiert mit den Mitgliedern des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes (v.l.) Jörg Bruchmüller, Dietmar Schilff, Clemens Murr und Oliver Malchow.

Kai Christ, Landeschef der GdP Thüringen, im Gespräch mit GdP-Bundesjugendleiter Torsten Rohde (r.).



Bodo Andrae, Geschäftsführer des Verlages Deutsche Polizeiliteratur (VDP), im Gespräch.



EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS



(v.l.) Alfons Schieder, Polizeipräsident Oberfranken, Wolfgang Sommer, Präsident der bayerischen Bereitschaftspolizei, Wilfried Hofmann, GdP-Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei, und GdP-Einsatzexperte Clemens Murr (GdP-GBV). Fotos (5): Zielasko



Peter-Michael Kessow (r.), Präsident der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) Brandenburgs und ehemaliger Vizepräsident der Bundespolizeidirektion Berlin, mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.



NRW-Stammtisch: (v.l.) der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach, GdP-Vize und NRW-Landeschef Arnold Plickert, der Münsteraner Polizeipräsident Hans-Joachim Kuhlisch, Polizeidirektor Klaus Menningen, Leiter Kreispolizeibehörde Ennepe-Ruhr-Kreis, und der Sicherbeauftragte des Deutschen Fußball-Bundes, Hendrik Große Lefert. Foto: Holecsek



GdP-Vize Arnold Plickert mit „seinem“ NRW-Landesinnenminister Herbert Reul (l.) im Gespräch mit GdP-Chef Oliver Malchow.



„Vernetzen ist der Begriff des 21. Jahrhunderts“, betonte der Präsident des Bundesfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, in seiner Kongressrede.



EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS



ARD-Terrorismusexperte Michael Götschenberg (l.) mit GdP-Chef Oliver Malchow.



Hagen Husgen (l.), Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes und GdP-Sachsen-Chef, mit Petric Kleine vom LKA und dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow (r.).
Foto: Holecek



Videoaufnahmen an kriminalitätsbelasteten Orten ja, flächendeckende Überwachung nein, stellte Jörg Bruchmüller der im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für Internationales und Finanzen zuständig ist, im großen Saal des Kongresses klar.



Philipp Amthor (2.v.l.), CDU-Bundestagsabgeordneter, im Kreise der GdP-Spitzenfunktionäre Oliver Malchow (l.), Jörg Radek und Christian Schumacher, GdP-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern.
Foto: Holecek



Kriminaltrio: GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow mit Thomas Krense (LKA Mecklenburg-Vorpommern) und Frank-Martin Heise (r.) vom Hamburger LKA.



Bilaterales Kripo-Gespräch: Sebastian Fiedler (l.), Vize-Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), und der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow.
Fotos (4): Zielasko



Personengruppen stellen Weichen

Vor dem 26. Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ende November in Berlin tagen in den beiden kommenden Monaten die sogenannten Personengruppenkonferenzen. Bei den drei Zusammenkünften wird der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow jeweils ein Grußwort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer richten.

Den Anfang machen die GdP-Frauen. Unter dem Motto „Wir Frauen in der Cloud – kompetent und laut“ treffen sich am 12. und 13. März die 111 aus den Landesbezirken und Bezirken delegierten Kolleginnen in Potsdam, um neben den Wahlen eines Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstandes gewerkschaftliche Positionen und Forderungen für weibliche Polizeibeschäftigte zu diskutieren und zu verabschieden.

Die 8. Bundeskonferenz der GdP findet eine Woche später vom



19. bis 20. März in Potsdam statt. Die aus den Landesbezirken und Bezirken zum Gewerkschaftstag entsendeten 111 Kolleginnen und Kollegen versammeln sich unter dem Motto „Erfahrung gestaltet Zukunft“. Neben den Wahlen eines Geschäftsführenden Bundeskonferenzvorstands wollen die sich im Ruhestand befindenden Gewerkschafter seniorenpolitische Eckpfeiler für die nächsten Jahre setzen.

Zur 15. GdP-Bundesjugendkonferenz unter dem Motto „Wer, wenn



nicht wir!“ finden sich die 111 jungen Kolleginnen und Kollegen aus den GdP-Landesbezirken und Bezirken am 9. bis 10. April in Potsdam ein. Die in der JUNGEN GRUPPE (GdP) organisierten Polizeibeschäftigten wollen neben den Wahlen eines Geschäftsführenden Bundesjugendvorstands Positionen für junge Polizeibeschäftigte erörtern, zukunftssichernde Forderungen entwerfen und frischen gewerkschaftspolitischen Wind entfachen, wie es auf ihrer Homepage heißt.

wsd

Reise & Erholung

CanKick
...prickelnd anders

TOP ANGEBOT
1x Rafting
1x Canyoning
1x Grillen & Foto CD

Angebot pro Person
nur € 109,-

RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG

ACTION & ABENTEUER // Tel. +43 664 2838055
info@cankick.at // www.cankick.at

FeWo (2-4Pers.) auf der südl. Halbinsel Butjadingen (zw. BHV + WHV) auf histor. Ferienhof. Park, Grill, Fischteich, Gemeinschaftsraum vorh.
Tel. 0 47 36-15 91, Fax 10 24 62
Mail: ferienhof.tammo.francksen@t-online.de

www.Polizeifeste.de

Mittlerer Schwarzwald

Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50-90 m², für 1-4 Pers., ab 40 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur**. Hausprospekt unter Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66
Machen Sie sich ein Bild unter www.mittelschwarzwald.de
Sie werden begeistert sein!

Action mit wasser-craft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 123,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

Franken bei Bamberg,
eigene Metzgerei, Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 188,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de

SPANIEN: Costa Dorada
– Südliches Tarragona –
Preisgünstiger Urlaub im Ferienhaus bis 4/5 Pers. in kleiner, gemütlicher deutscher Ferienanlage mit großem SW-Pool, Grill, Gästebar. Hunde sind willkommen.
E-Mail: los-vagos@gmx.net
Infos: www.los-vagos.de
Tel. +34 9 77 / 17 05 29

SOMMERPAUSCHALE ALL IN ONE

1 Woche Halbpension & Silverttcard ab € 385

Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta gratis, Frei- & Hallenbäder gratis, Gletschersafari, Schmugglertour, gef. Wanderungen inkl.! Wellness m. Gartensauna, neue Alpinstyle-Zimmer, gratis WLAN & Mountainbikeverleih. Neues Outfit uvm. im Hotel. Tolles Programm f. Kinder u. Jugend Kinderermäßigungen!

POST HOTEL
Fam. A. Handle
A-6553 See, Au 164
Tel. +43-5441-8219
www.postsee.at
info@postsee.at

SEE
NEU: BADESEE MIT FREIZEITANLAGE ALL IN ONE

IKKGL



EINGRIFFSRECHT NORDRHEIN-WESTFALEN

Polizeiliche Maßnahmen, Prüfungsschemata, Definitionen

Von **Holger Nitz** und **Markus Thiel**.



1. Auflage 2017

Umfang: 448 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 26,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0799-4

Dieses Lehrbuch enthält das gesamte prüfungsrelevante Eingriffsrecht für die polizeiliche Ausbildung und das polizeiwissenschaftliche Studium und orientiert sich im Wesentlichen an der Rechtslage in Nordrhein-Westfalen. Die Darstellung ist – nach allgemeinen Einführungen zum präventiven und zum repressiven Handlungsfeld der Polizei – nach eingriffsrechtlichen Maßnahmen gegliedert. Jede polizeiliche Maßnahme wird mit einem übersichtlichen Prüfungsschema samt den dazugehörigen Definitionen eingeleitet und um Beispielfälle ergänzt.

Somit kann eng an den jeweiligen Vorschriften gearbeitet werden, und der Leser lernt die polizeilichen Maßnahmen in einer Form, wie sie in Klausuren, aber auch in der Praxis geprüft werden.

Beschrieben werden die Standardmaßnahmen der StPO und des PolG NRW, aber auch Grundzüge des Versammlungs-, Waffen- und Straßenverkehrsrechts. Hinweise auf weiterführende Literatur und Leitentscheidungen ergänzen die einzelnen Abschnitte.

Die übersichtliche, gut lesbare Darstellung ermöglicht allen, die sich mit dem Eingriffsrecht und seinen Ermächtigungsnormen befassen, eine schnelle Einarbeitung in den Lernstoff und eine effektive Prüfungsvorbereitung. Die Gliederung nach den einzelnen Maßnahmen ermöglicht eine leichte Handhabung, sodass das Buch auch als Nachschlagewerk genutzt werden kann.



DIE AUTOREN

Dr. Holger Nitz, Leitender Regierungsdirektor. Leiter der Abteilung Köln der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW (FHöV NRW). Dozent für Straf- und Strafprozessrecht sowie Eingriffsrecht an FHöV NRW.

Dr. Dr. Markus Thiel, Professor für Öffentliches Recht, insbesondere Recht der Gefahrenabwehr, und Studiengangsführer des „Master of Public Management (MPM)“ an der FHöV NRW.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Der wahrscheinlich lauteste Einsatz der Welt

Wenn Menschen, gekleidet in T-Shirts mit wüsten Motiven, bepackt mit Rucksäcken, Wurfzelten und fragwürdigen Lebensmittelvorräten, sich in Strömen gen Norden aufmachen und unvermittelt, aber dafür oft, ein Wort mit offenbar vielen A's brüllen, dann steht die Dezibel-Eruption gigantischer Verstärkertürme, gespeist aus den Vibrationen von Bataillonen sechsstufiger Elektroäxte, kurz bevor. Zum hierzulande ekstatisch gefeierten Hochfest des härtesten Sounds der Welt versammelt sich die treue Heavy-Metal-Gemeinde am ersten August-Weekend des Jahres in einer beschaulichen Gemeinde nahe der schleswig-holsteinischen Stadt Itzehoe zum in diesem Jahr 19. „Wacken Open Air“. Ein Blick aus der Kripo-Perspektive.

Mit den Geschehnissen abseits des brachialen Klanggewitters beschäftigt sich eine ausgeklügelte Besondere Aufbauorganisation (BAO), darin verwoben auch die Kolleginnen und Kollegen der Kriminalpolizei. Denn abseits Promille bedingter Ausfälle gehört Kriminalität zum Festivalalltag in Wacken (W:O:A). Wie das genau funktioniert und welche besonderen Herausforderungen dort warten, erläutert der Kieler Polizeidirektor Frank Ritter in seinem Beitrag „Kriminalpolizeiliche Kompetenz im Festival-Einsatz“ in der Ende März erscheinenden Frühlingausgabe der von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) herausgegebenen Fachzeitschrift „Die Kriminalpolizei“.



Zeltstädte reihen sich um das Wacken-Festivalgelände.

Foto: Friso Gentsch/dpa

Taschendiebe und Zeltaufschlitzer

So sei mit einer typischen Veranstaltungs-BAO ein Großfestival wie das W:O:A kaum zu bewältigen. Wenig Sinn ergibt Ritter zufolge beispielsweise ein kriminalpolizeilicher Einsatzabschnitt (EA) Folgemaßnahmen mit den Regelaufträgen „Einleitung von Ermittlungen“, „Einrichten und Betrei-

Kapitalmarkt

Beamtendarlehen 10.000 €-120.000 €
 Vorteileins für den öffent. Dienst
 Umschuldung: Raten bis 50% senken
 Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
 Seit über 40 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

www.Autokredit.center



Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel: (0621) 178180-0
 Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldenbeitrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite
 Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
 Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
 Königswall 1 • 44137 Dortmund
 www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 1451 45

KREDIT bis € 80.000,-
PECUNIA GmbH seit 1980
 ohne Auskunft bis € 15.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldsicherung – Bis zum 95. Lebensjahr
Tel. 02 01/22 13 48
 45127 Essen • Gänsemarkt 21
 www.pecunia-essen.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontouberziehungen.
 Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332
 Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick

JETZT INFORMIEREN!
 Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei
POLIZEI DEIN PARTNER
 Gewerkschaft der Polizei
 Das Präventionsportal



ben einer Gefangenensammelstelle“ und „Durchführung von Gefangenentransporten“. Berücksichtigt werde jedoch, dass das sogenannte Infield und (nahezu vollständig) alle Campingareale von Bauzäunen umschlossen sind sowie Ein- und Auslässe durch Security lückenlos bewacht werden.

Die Polizeidirektion Itzehoe gliedert ihre BAO daher eher untypisch in lediglich drei EA, darunter den Innenbereich (EA Veranstaltungsschutz mit zahlreichen Unterabschnitten (UA)). Ritter erläutert: „An zahlreichen Stellen sind kriminalpolizeilicher Sachver-

Neben den unbestrittenen musikalischen Highlights, die Wacken für seine Fans vorhält, ereignen sich am Rande der Powerchord-Gewitter durchaus charmante Anekdöten. Jürgen Herdes, Persönlicher Referent des schleswig-holsteinischen Innenministers und vormaliger Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei, kabelte davon einige nach Berlin. So erzählte der insgesamt 19 Mal in Wacken eingesetzte BFE'ler von einer hochschwangeren Frau, die mit der festen Absicht zum Festival fuhr, um dort ihr Kind auf die Welt zu bringen und so für das Baby den ziemlich geilsten Geburtsort der Welt zu ergattern. Was im Übrigen gegen fünf Uhr morgens gelang. Vor allem aber als Freunde und Helfer in der Not waren er und seine Kolleginnen und Kollegen des Öfteren gefragt, wobei die flehentliche Bitte eines frischverknallten Headbangers um ein Kondom leider abschlägig beschieden werden musste. Welche skurrilen Folgen übermäßiger Alkoholgenuss haben kann, erfuhren zwei Metaller, die auf wirkliche lustige Gags ihrer Kumpel hereingefallen waren. So hatten die Spaßvögel einem Mitstreiter ein (leeres) 5-Liter-Fass mit Sekundenkleber an die Stirn geklebt. Klarer Fall für die Sanis. Ein anderer Rockfan bat die Kräfte um einen beherzten Eingriff, als er ihnen berichtete, dass ihn irgendwer ausgezogen hatte, um ihm danach eine Unterhose aus Panzertape anzulegen und jetzt müsse er dringend.

Leider reichte die Zeit am Telefon nicht für mehr ... **mzo**



Polizei: Durch gute Organisation den Überblick behalten.

Foto: Axel Heimken/dpa

stand und Ermittlungserfahrungen unverzichtbar. Das gilt insbesondere für den UA Ermittlungen, wo 100 Prozent Kripo-Personal eingesetzt sind, ganz wesentlich aber auch für den Bereich Sachbearbeitung und in Teilen für die Aufklärung und die Videoauswertung.“ Von der häufig rüden Optik der Heavy-Metal-Freunde nicht zu unterscheiden mischten sich beispielsweise Zivileinheiten von Schutz- und Kriminalpolizei sowie der Aufklärungszug der Bereitschaftspolizei unter das Festivalvolk. Ihr Auftrag bestehe im Aufspüren und der Festnahme von Taschendieben, Zeltaufschlitzern und anderen Straftätern.

Polizei-Netzwerk

Festivalkriminalität, stellt Autor Ritter fest, sei ein internationales Phänomen, mit dem sich nahezu alle Open-Air-Großveranstaltungen auseinandersetzen müssten. In den Jahren 2009 und 2010 war eine enorme Welle von Taschendiebstählen registriert worden. „Hierbei konnte durch Auffinden regelrechter Terminkalender festgestellt werden, dass reisende Banden die gesamte europäische Festivalsaison für ihre Beutezüge fest im Blick haben“, verdeutlicht er.

Kraftvoller Ansatz der Polizei notwendig

Dass es angesichts von 100.000

Menschen auf engstem Raum zu einer vergleichsweise kleinen Zahl an Straftaten und Einsätzen kommt, sei zweifellos erfreulich, betont Ritter, doch: „All das fällt nicht vom Himmel, sondern ist über Jahrzehnte durch ein intensives sicherheitsorientiertes Miteinander von Behörden und Veranstalter gewachsen.“ Fakt sei zudem, „die Lage ist nur deshalb so friedlich, weil die Polizei hier kraftvoll und kompetent auftritt“.

Der komplette Artikel ist zu lesen in „Die Kriminalpolizei“, Ausgabe 1/2018. Mehr Informationen zu bereits erschienenen Heften, Autoren und der Redaktion sind auf der Homepage: www.kriminalpolizei.de zu finden.

mzo

Anzeige



THOMAS BROCKHAUS

Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**. Inzahlungnahme möglich.

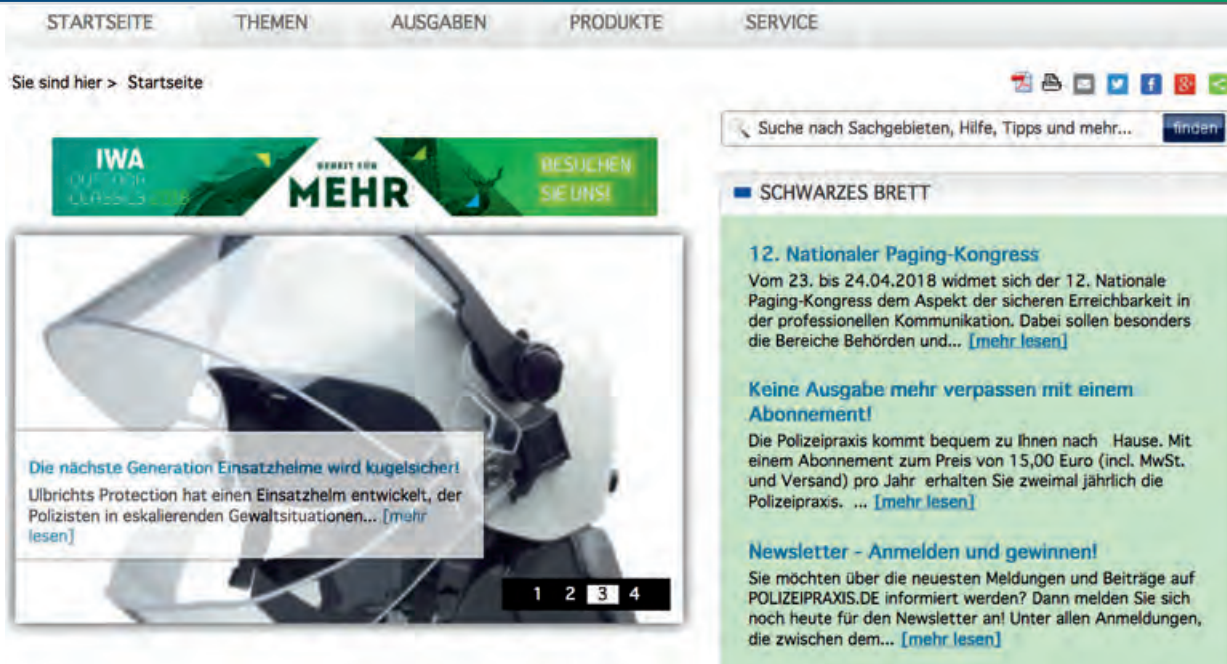
Informieren Sie sich!

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

Im Einsatz – im Thema.

POLIZEI PRAXIS



Mit dem Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an.

Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.03. - 31.03.2018 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Sachgrundlose Befristungen – auch Thema bei der Polizei

Die von Gewerkschaften seit Langem geforderte Abschaffung sachgrundloser Befristungen war ein großer Streitpunkt in den Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU/CSU und SPD. Man hat sich auf eine Schönheitsoperation geeinigt, aber der große Schnitt ist leider nicht gelungen. Die generelle Abschaffung konnte nicht durchgesetzt werden.

Im ersten Ergebnis sollen nur noch 18 statt 24 Monate möglich sein. Bis zu dieser Gesamtdauer ist künftig nur noch eine einmalige Verlängerung möglich und Arbeitgeber mit mehr als 75 Beschäftigten dürfen die Quote von maximal 2,5 Prozent an sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen nicht überschreiten. Jetzt bleibt abzuwarten, ob die GroKo zustande kommt, was das Kleingedruckte verbirgt und wie die Umsetzung für den öffentlichen Dienst erfolgen wird.

Die gesetzliche Grundlage in Paragraph 620 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) besagt, dass Arbeitsverhältnisse auf Dauer angelegt sind. Befristete Arbeitsverträge sind danach als Ausnahme vom Regelfall zu sehen. Für zeitliche befristete Arbeitsverhältnisse wird auf das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) verwiesen, das 1985 zur Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit eingeführt und 1996 im Sinne der Arbeitgeber erweitert wurde.

Tatsache ist, dass es keine Massenarbeitslosigkeit mehr gibt. Trotzdem ist fast die Hälfte aller neu abgeschlossenen Arbeitsverträge in Deutschland befristet. Das zeigen aktuelle Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Skandalös ist, dass hier der öffentliche Dienst mit schlechtem Beispiel vorangeht. Beim Bund sind 16,3 Prozent, bei den Ländern 28,5 Prozent und bei den Kommunen 7,8 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer befristet eingestellt (Quelle: Statistisches Bundesamt Juli 2017).

Befristete Arbeitsverhältnisse bringen Unsicherheit

Durch befristete Arbeitsverhältnisse werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in eine berufliche und private Unsicherheit gebracht. Es steht fest,

dass fehlende Planungssicherheiten die Lebensqualität der Beschäftigten beeinträchtigt. Befristete Beschäftigte sind weniger zufrieden, weniger motiviert und eher anfällig für gesundheitliche Probleme. Familienplanung, Hauskauf oder Hausbau werden immer weiter hinausgeschoben. Experten sprechen von einer volkswirtschaftlichen Katastrophe.

Der GdP-Landesbezirk Rheinland-Pfalz hatte sich im vergangenen Jahr mit der Thematik beschäftigt. Auch wenn sachgrundlos befristete Arbeitsverträge innerhalb der Polizei in Rheinland-Pfalz kein großes Problem darstellen, so musste doch mit Besorgnis festgestellt werden, dass eine Behörde des Landes fast ausschließlich Arbeitsverhältnisse ohne sachlichen Grund abschloss. Um dieser Verfahrensweise entgegenzutreten, forderte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) über den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) die Landesregierung auf, tätig zu werden und verwies auf eine Regelung des Hamburger Senats zum restriktiven Umgang mit sachgrundlosen Befristungen.

„Verständige“ Arbeitgeber gefragt

Der Ministerrat sprach sich im August 2017 schließlich dafür aus, eine entsprechende Regelung auch in Rheinland-Pfalz umzusetzen. Demnach sollen im Landesdienst grundsätzlich unbefristete Arbeitsverträge angeboten werden. „Verständige“, Arbeitgeber werden aufgefordert, mit dem Instrument der zeitlich befristeten Arbeitsverträge restriktiv umzugehen. Allerdings kann unter den Voraussetzungen des Paragraphen 14 TzBfG weiterhin ein befristeter Vertrag unter Benennung des jeweiligen Sachgrundes begründet werden (zum Beispiel Einstellung als Vertretung, Bedarf an der Arbeitsleistung besteht

nur vorübergehend, Erprobungszweck). Die Rechtsgrundlage der Befristung und/oder die Befristungsdauer sind im Arbeitsvertrag zu benennen. Die Überlegungen, die den Befristungsgrund stützen, sind in einer Sachakte zu dokumentieren. Sachgrundlose Befristungen sollen nicht abgeschlossen werden, es sei denn, dass Besonderheiten dies im Ausnahmefall erforderlich machen. In einem solchen Fall ist dies umfangreich aktenkundig zu machen. Verträge sind spätestens zum Ablauf der jeweiligen Befristung dahingehend zu überprüfen, ob eine Weiterbeschäftigung möglich ist. So die aktuelle Verfahrensweise in Rheinland-Pfalz. Wir gehen davon aus, dass diese Regelungen angepasst

„**Dass gerade im öffentlichen Dienst mit Befristungen manchmal Schindluder getrieben wird, ist nicht in Ordnung.**“

Bundeskanzlerin Angela Merkel

werden, wenn die im Koalitionsvertrag vereinbarte gesetzliche Änderung des TzBfG umgesetzt wird.

Wir hoffen, dass auch andere Länder und Bundesbehörden sich als „verständige“ Arbeitgeber sehen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Planungssicherheit und Perspektiven bieten, indem sie der gesetzlichen Grundregelung des Paragraphen 620 BGB mehr Gewicht geben und Arbeitsverhältnisse auf Dauer anlegen. Hier denken wir insbesondere an die Kolleginnen und Kollegen bei der Bundespolizei. Dort wird massiv mit befristeten Arbeitsverträgen jongliert. Hierzu passt ein Zitat der Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Interview mit der „Berliner Zeitung“ am 12. September 2017: „Dass gerade im öffentlichen Dienst mit Befristungen manchmal Schindluder getrieben wird, ist nicht in Ordnung.“ Festzustellen ist, dass gerade bei der Bundespolizei nicht nur manchmal Schindluder getrieben wird, sondern permanent. Das muss ein Ende haben.

Margarethe Relet, Rheinland-Pfalz



**SCHLIESS AB!
SICHER IST SICHER**



www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

POLIZEI
DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps
hierzu auf dem [Präventionsportal](#)
der Gewerkschaft der Polizei

134 ermordete Polizisten – Rio de Janeiros erschreckende Bilanz 2017

Von Norbert Suchanek, Rio de Janeiro

Rio de Janeiro ist die für Polizisten gefährlichste Region weltweit. Nirgendwo anders werden so viele Sicherheitsbeamte umgebracht wie in der Metropole am Zuckerhut. Im vergangenen Jahr kamen in Stadt und Bundesland Rio de Janeiro mit zusammen rund 16,7 Millionen Einwohnern 134 Landespolizisten während oder außerhalb ihres Diensts gewaltsam ums Leben. Das ist zwar ein leichter Rückgang im Vergleich zum Olympia-Jahr 2016 als 146 Beamte von Kriminellen getötet wurden, doch noch immer Weltrekord. Zum Vergleich: Laut Washington Post wurden in den gesamten USA im vergangenen Jahr „nur“ 46 Polizisten ermordet.

Das letzte Polizistenopfer des vergangenen Jahres im Großraum Rio de Janeiros war Sergeant Renato Fagundes de Oliveira. Am 30. Dezember war der 47-Jährige im Stadtteil São Gonçalo auf dem Weg von seinem Haus zu einer Bäckerei und geriet in einen Raubüberfall. Sergeant Rena-

to zog seine Schusswaffe und wurde von den Kriminellen erschossen.

Jedoch Rios Landespolizei (Polícia Militar genannt) mit rund 45.000 Beamten geht nicht zimperlich mit mutmaßlichen Verbrechern und der Bevölkerung um.

Laut Statistik des Instituts für öffentliche Sicherheit in Rio (ISP) erschossen die Beamten bis Mitte Dezember 1.035 Personen, darunter auch eine unschuldige Touristin aus Spanien. Das ist die höchste Rate seit 2009, als die Polizisten der Polícia Militar (PM) 1.048 Personen im Einsatz erschossen. Die polizeiliche Tötungsrate Rio de Janeiros liegt selbst höher als die der gesamten USA. 2017 erschossen die US-amerikanischen Polizisten 987 Personen.

Insgesamt kamen bis Ende November vergangenen Jahres 6.173 Menschen in Rio gewaltsam ums Leben. Im gesamten Jahr zuvor wurden 6.262 Personen von Kriminellen ermordet oder von der Polizei erschossen.

Vier Polizisten zu Jahresbeginn erschossen

Auch das neue Jahr startete am Zuckerhut wie das vorige endete. Bereits in den ersten neun Tagen wurden vier Polizisten erschossen. Der erste Polizistenmord 2018 ereignete sich so wie der letzte 2017 in São Gonçalo. PM Ivanderson da Silva Pinheiro war am Morgen des 3. Januar mit einem Kollegen im eigenen Auto unterwegs.



Polícia Militar Rio de Janeiro im Einsatz

Foto: Norbert Suchanek

Sie gerieten in eine von Kriminellen zum Ausrauben von Autofahrern errichtete Straßensperre. Die Polizisten eröffneten das Feuer. Zwei Straßenräuber auf einem Motorrad näherten sich dem Fahrzeug. Sie erschossen den 38jährigen Ivanderson während der Fahrt, und das Auto überschlägt sich.

Bürger und Helden

„Wir sind keine Nummern, wir sind Bürger und Helden. Wir zahlen unfaire Rechnung, die nicht nur uns gehört“, beklagt Colonel Wolney Dias Ferreira, Oberbefehlshaber der Polícia Militar im Staat Rio: „Die Gewalt wächst überall in Brasilien aufgrund ökonomischer, politischer, sozialer und ethischer Faktoren. Rio de Janeiro ist Teil dieses nationalen Kontextes mit erschwerenden Besonderheiten. In keiner Region Brasiliens gibt es einen so permanenten Krieg um Territorien zwischen den Drogenbanden und Milizen wie in Rio. An keinem anderen Ort im Land gibt es so viele Waffen in den Händen von Kriminellen.“ Rios Sicherheitsbeamte hätten zudem einen weiteren Nachteil. Werden sie in Zivil von Kriminellen während eines Überfalls als Polizisten identifiziert, werden sie erschossen.

Rio de Janeiros Mordzahlen sind weiter gestiegen. 2017 wurden in Stadt und Staat Rio de Janeiro insgesamt 6.731 Menschen umgebracht, 7,4 Prozent mehr als im olympischen Vorjahr. 1.124 Tötungen gingen auf Kosten der Polizei, so die vom Institut für Öffentliche Sicherheit (ISP) veröffentlichte Gewaltstatistik. Laut ISP kam es 2017 im Staat Rio mit seinen rund 16,7 Millionen Einwohnern zu 125.698 polizeilich registrierten Straßenraubüberfällen. Außerdem wurden 54.367 Autos, 10.599 Lastwagen, 6.599 Geschäfte, 1.258 Wohnungen und 22 Banken überfallen und ausgeraubt. Ferner registrierte die Polizei 145.285 Diebstähle, 60.605 Körperverletzungen, 4.952 Vergewaltigungen, und 4.631 Personen wurden als vermisst erklärt.



Umfassend und interdisziplinär

Nach Problemkreisen geordnet, stellt das Werk den gesamten Bereich des Beweisrechts der Strafprozessordnung (StPO) dar. Es verbindet dabei gekonnt juristische Darstellungen mit naturwissenschaftlichen, medizinischen, psychologischen und technischen Informationen zu den Bereichen:



- Beweisgrundsätze; Beweisanspruch; Beweisverbote; Beweistransfer zwischen EU-Staaten,
- Rechte des Beschuldigten; Geeignetheit von Vernehmungstechniken; Würdigung der Aussage,
- Rechte und Pflichten des Zeugen; Kriterien der Aussagefähigkeit und Glaubwürdigkeit,
- Rechte und Pflichten des Sachverständigen; wesentliche Einsatzbereiche wie u. a. körperliche Untersuchung, Schuldfähigkeitsuntersuchung und kriminaltechnische Untersuchung,
- Vorschriften und praxisrelevante Rechtsfragen zum Urkunden- und Augenscheinsbeweis; Beschaffung von Beweisen (Beschlagnahme, Durchsuchung, TKÜ).

Die 10. Auflage wurde vollständig überarbeitet und teilweise ganz neu gestaltet. Sie berücksichtigt alle einschlägigen Novellierungen seit Mitte 2015, so

- das 3. Opferrechtsreformgesetz nebst Gesetz über die psychosoziale Prozessbegleitung,
- das am 1.7.2017 in Kraft getretene Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung,

- das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in Strafsachen und Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 5.7.2017,
- das Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens vom 17.8.2017.

Bereits eingearbeitet ist das Mitte 2017 verabschiedete Gesetz zur Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren und Verbesserung der Kommunikationshilfen für Sprach- und Hörbehinderte.

Beweisrecht der StPO, Ulrich Eisenberg, C.H. BECK, 10., vollständig überarbeitete und teilweise erweiterte Auflage, 2017, Hardcover, 1.269 Seiten, 209 Euro, ISBN 978-3-406-70263-1

Bundespolizeigesetz

Verdeckter Ermittler, Bodycam, Automatische Kennzeichenerfassung, Gesprächsaufzeichnungen in Einsatzleitzentralen und das neue Luftsicherheitsrecht 2017 stellen wichtige Neuerungen für die Bundespolizei dar. Diese sind höchst aktuell aufgenommen in der 8. Auflage des „Bundespolizeigesetzes“ im Kleinformat neben einer Vielzahl von weiteren Aktualisierungen der Kurzkommentierungen zum Bundespolizeigesetz.

Gerade diese unmittelbar mit Erscheinen der neuen Befugnisse herausgegebene Neuauflage ermöglicht vielen Polizeibeamten in Praxis und Ausbildung den schnellen rechtssicheren Eingriff durch einen nur kurzen Blick in die Kurzanmerkungen zum Gesetz. Die schon seit 2006 regelmäßig herausgegebene Textausgabe des Bundespolizeigesetzes im praktischen Kleinformat mit Kurzkommentierung hat sich sowohl in der Ausbildung als auch in der Praxis als wertvolle Hilfe erwiesen. Nunmehr erscheint – in aktualisierter Form – bereits die 8. Auflage.



Nach bewährtem Muster enthält das handliche Werk eine Kommentierung, ergänzt durch Unterstreichungen, Hervorhebungen, Markierungen, Hinweise, Verweisungen und Paragrafenketten. Im Anhang finden sich wichtige Auszüge aus anderen im bundespolizeilichen Alltag relevanten Regelungswerken. Das Bundespolizeigesetz (BPolG) sowie die Verordnung über die Zuständigkeit der Bundespolizeibehörden (BPolZV) sind auf den neuesten Stand gebracht worden.

Bundespolizeigesetz BPolG – BPolZV, Texte mit Erläuterungen, Checklisten, Musterformularen (Lübecker Medien), Anke Borsdorff, KSV Lübecker Medien, 8. Auflage 2017, 436 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 978-3-8293-1296-7

Lohnsteuer Grundbegriffe 2017

Das ABC der Lohnsteuer-Grundbegriffe gibt nützliche Tipps und Hilfen zum Ausfüllen der Lohn- und Einkommensteuererklärung. Der langjährig bewährte DGB-Ratgeber erklärt die wichtigsten einkommensteuerrechtlichen Änderungen und wie sie sich auswirken. Eine Vielzahl von Beispielen erleichtert das Verständnis für diese mitunter doch recht schwierige Materie. Einen hohen Gebrauchswert erhält das beliebte Kompendium schließlich durch eine Reihe von gut zu überschauenden tabellarischen Darstellungen.



Die Broschüre Lohnsteuer Grundbegriffe 2017 – Von A wie Altersentlastungsbetrag bis Z wie zumutbare Belastung kann beim DGB-Online-Bestellservice www.dgb-bestellservice.de bestellt werden.

Mehr Informationen zur Broschüre



Zu: Lesermeinung des Kollegen Hüber, DP 2/18

Obwohl ich mich gern aus solchen Diskussionen heraus halte, da man schnell riskiert in die rechte oder linke Ecke gerückt zu werden, kann ich es mir nicht verkneifen, doch einmal auf den Beitrag des Herrn Hüber einzugehen. Widersprüchlicher können Kommentare ja nicht sein. Der Beitrag von Frau Seifert, unmittelbar vor dem des Herrn Hüber abgedruckt, findet meine volle Zustimmung.

Die meiner Ansicht nach weltfremde Meinung, was den „Spurwechsel“ in der Asylpolitik angeht, den Herr Hüber vertritt, lehne ich in aller Deutlichkeit ab.

Jeder der im aktiven Dienst mit Asylanträgen oder auch bestimmten Bevölkerungsgruppen aus fernen Ländern zu tun hat, kennt die Problematik im Umgang mit vielen dieser Personen und dem damit oft verbundenen „Nichtwillen“, sich in die hier herrschenden Gepflogenheiten einzuordnen. Hier fällt mir ein, dass einmal einer dieser Bürger meinte, dass er „mit Frau nicht spricht“, nachdem die Kollegin ihn auf ein Fehlverhalten aufmerksam machte. Von den uns angekündigten „Fachkräften“ finde ich auch keine Spur.

Fakt ist, dass mir im täglichen Dienst immer wieder Menschen begegnen, die nach eigenen Angaben schon mehr als 20 Jahre hier leben und noch immer die deutsche Sprache nicht beherrschen. Dies wird sich auch mit allen Integrationsmaßnahmen in Zukunft kaum ändern. Welchen wirtschaftlichen Vorteil das für Deutschland haben soll, frage ich mich an dieser Stelle. Was die Zahlen der Arbeitslosen angeht, wissen wir doch alle, dass uns hier geschönte Zahlen genannt werden. Jeder, der in Deutschland auch nur ansatzweise in einer Maßnahme des Arbeitsamtes steckt, fällt schon mal aus der Statistik heraus. Auch die Menschen, die gerade so am Existenzminimum leben, werden natürlich in der Statistik nicht zu finden sein, obwohl diese womöglich nur minimal über dem Arbeitslosengeld verdienen.

Hier fällt mir wieder das Zitat von Winston Churchill ein: „Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.“ Wer heute noch auf die uns in den Medien präsentierten angeblich

ständig sinkenden Zahlen der Arbeitslosenquote hereinfällt, dem ist wohl nicht mehr zu helfen.

Würde man die Arbeitslosen und Beschäftigten mit geringem Einkommen weiterbilden, würde Deutschland sicher auf die eine oder andere „Fachkraft“ aus dem Ausland verzichten können.

Was die Asylbewerber angeht, sollte Herr Hüber vielleicht in die große „Augen-zu-und-durch-Politik“ wechseln. Wohin uns diese Politik bisher geführt hat, kann jeder, der mit offenen Augen durch Deutschland geht, sehen. Die Politik sollte endlich etwas dafür tun, dass zunächst die hier lebenden Bürgerinnen und Bürger eine gesicherte Existenz bekommen und nicht noch von dem Wenigen, was viele noch haben, auch noch abgeben müssen für eine völlig verfehlte Asylpolitik.

Und nun möchte ich mich Frau Seifert inhaltlich anschließen: Wer Hilfe braucht, der soll diese bekommen. Aber wer uns belügt, betrügt und unsere Gastfreundschaft mit Füßen tritt, soll doch bitte dorthin gehen, woher er gekommen ist.

Thomas Egenolf, Seelbach

Zu: Kommentar, DP 2/18

Gut, dass sich der Bundesvorsitzende Malchow dieser Problematik annimmt. Es ist die vorrangige Aufgabe einer Gewerkschaft, sich um das „Befinden“ ihrer Mitglieder zu kümmern.

Es ist etwas faul in dieser Gesellschaft, die einerseits der Polizei in vielen Umfragen ein hohes Ansehen und ein unglaubliches Vertrauenspotenzial attestiert und die es gleichzeitig zulässt, dass eben diese Polizisten (und neuerdings auch Feuerwehrleute und Sanitäter) beleidigt, bespuckt, geschlagen und anderweitig traktiert werden. Ein Skandal. Damit muss nun Schluss sein. Das geht in einem Rechtsstaat nur mit juristischen Mitteln.

Das muss forciert werden. Ich schlage vor, dass in die Juristenausbildung und fortbildung obligatorisch die Teilhabe am Polizeidienst aufgenommen wird. Nur das eigene Erleben lässt das Wissen um ein gerechtes Urteil wachsen. Die Gerichtsbarkeit ist in dieser Angelegenheit am Zug und gefragt.

Hartwig Vosgerau, Hohenfelde

Zu: Linksextremismus, DP 2/18

Ich finde die Aufmachung der im Betreff genannten Ausgabe gelinde gesagt mehr als ärgerlich! Mir erschließt sich nicht, wieso linke Gewalt schlechter sein soll als rechte Gewalt. Von daher finde ich die Unterscheidung zwischen linker und rechter Gewalt einfach sinnlos. Gewalt ist nicht. Punkt. Egal von links oder rechts!

Wenn man denn unterscheiden will, um dem Leitartikel ab Seite 4 gerecht zu werden, dann hätte man ja wohl das Gewalt hervorheben müssen und nicht das „LINKE“! Leute, ihr habt oft genug bewiesen, dass ihr das deutlich besser könnt. Von daher gehe ich mal davon aus, dass das ein bedauerlicher Ausrutscher war!

Robert Huber, Schrobenhausen



Anmerkungen zum Kommentar – Linksextremismus – in der DP-Ausgabe 2/18 auf Seite 10, Punkt 2: Hier wird genannt, dass die Eskalation nicht durch die Polizei, sondern durch militanten Potenzial ausgelebt wurde. Dieser Punkt dürfte nicht zu beanstanden sein. Dass die Parteien des linken Spektrums (Politiker der SPD, Grünen und die Linke) dies nicht so sehen, dürfte jedem klar sein.

Diese militanten Aktionen wurden auch vom DGB (hier genannt: IG Metall und ver.di) unterstützt und der Polizeieinsatz kritisiert. Bereits bei den Krawallen in Frankfurt zeigte der DGB deutlich sein Verständnis für Gewalt.

Von Seiten des DGB wurden in Bayern dieser militanten Organisation – Antifa mit ihrem extremistischen Ableger „Schwarzer Block“ – Tagungsräume im DGB-Haus zur Verfügung gestellt. Das dortige Treffen der ANTIFA dürfte der Organisation und Kooperation der Gewalt sehr dienlich gewesen sein.

Es sollte überlegt beziehungsweise diskutiert werden, ob eine Polizeigewerkschaft GdP in einem Dachverband DGB gut aufgehoben ist, wenn man sieht, wie dieser DGB links-extremistische Gewalt durch Bereitstellung von Räumen sehr freundlich zu getan ist. Mit den Geldern der Mitgliedsbeiträge, die an den DGB abgeleitet werden, wird ein Dachverband unterstützt, der eine Mitverantwortung an den Verletzungen von Dutzenden



Polizeibeamtinnen und -beamten bei diesen Gewaltexzessen trägt. Eine Überlegung meinerseits wäre die Abstimmung unter den GdP-Mitgliedern über den Verbleib im Dachverband DGB.

Gerd Splithoff, Alzenau

Bei Redaktionsschluss: GdP distanziert sich von Entscheidung des DGB Hessen-Thüringen

Angesichts der Überlassung von Räumen im DGB-Haus Frankfurt am Main für Treffen der „Antifa United Frankfurt“ geht Hessens Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf Distanz zu ihrem Dachverband, dem DGB Hessen-Thüringen. Die Veranstaltungen im Februar stünden im Kontext von „Bildet Banden, werdet Teil einer neuen linksradikalen Gruppe in Frankfurt“. Auf der Website der „Antifa United Frankfurt“ und auf Facebook stelle sich diese Gruppe fortwährend als verummte Einheit dar. „Wer sich öffentlich verummmt zeigt, sich selbst als radikal bezeichnet und damit bekundet, dass er die Vorschriften des Versammlungsgesetzes vorsätzlich ignoriert, steht aus unserer Sicht außerhalb der freiheitlich demokratischen Grundordnung und stellt den Rechtsstaat nicht nur in Frage,

sondern fordert ihn bewusst heraus. Einer Gruppierung mit einer solchen Haltung darf nach unserer Auffassung durch den DGB keine Plattform geboten werden, sich weiter zu organisieren und zu expandieren!“, betonte die GdP in einer Presseerklärung in Wiesbaden.

Die GdP Hessen belaste es sehr, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte bei Demonstrationen immer häufiger von verummten linksradikalen Straftätern angegriffen und viel zu oft schwer verletzt werden. Deshalb seien klare Grenzen überschritten, wenn der DGB Hessen-Thüringen solchen radikalen Gruppierungen gewerkschaftseigene Räume zur Verfügung stellt und sie somit unterstützt. Wer sich wie der DGB in seiner Satzung zum Ausbau und zur Sicherung des sozialen und demokratischen Rechtsstaates und seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekenne, dürfe anderen, die diesen Rechtsstaat und seine Prinzipien ablehnen, keine Plattform bieten.

Die GdP Hessen fordert den DGB Hessen-Thüringen auf, keine radikalen Gruppierungen gleich welcher politischen Ausrichtung zu unterstützen, die den Gewaltverzicht ignorieren. Dieser Forderung schließt sich die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) Hessen-Thüringen voll umfänglich an,

wie deren Landesvorsitzender Volker Weber der GdP erklärte. Auch von der GdP Thüringen kommt Unterstützung. Deren Landesvorsitzender Kai Christ erklärte sich in allen Punkten solidarisch mit der hessischen GdP. Zudem schaltete sich GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow in die Diskussion ein: „Ich habe für die Entscheidung des DGB Bezirks Hessen-Thüringen kein Verständnis. Die Interessen unserer Mitglieder werden dadurch vom DGB-Bezirk nicht vertreten!“ **PM/red**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de



Nr. 3 • 67. Jahrgang 2018 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und
Bezugspreis:**
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/ Pressestelle

Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



Druckauflage dieser Ausgabe:
187.729 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel
Foto: Ryan Etter/dpa

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



UNSER KLASSIKER

Ab 01.01.2018 wieder mit PDV 100!*

Inklusive
PDV 100!*

Loseblatt-Ausgabe mit Abonnement

Grundwerkspreis Bund und Land

(5 Ordner): 57,00 €

Grundwerkspreis Bundespolizei

(4 Ordner): 47,00 €.

Grundwerkspreis bei Verpflichtung zum Fortsetzungsbezug der Aktualisierungen (ca. 5 pro Jahr) für 12 Monate ab Kaufdatum. Der Preis der Aktualisierungen richtet sich nach dem Umfang; Umfang der Aktualisierungen abhängig vom Gesetzgeber.

Das **Polizei-Fach-Handbuch** ist die **Loseblatt-Sammlung** von **Gesetzen, Erlassen, Dienst-anweisungen etc.** für die **Ausbildung** und die **tägliche Praxis der Polizei**.

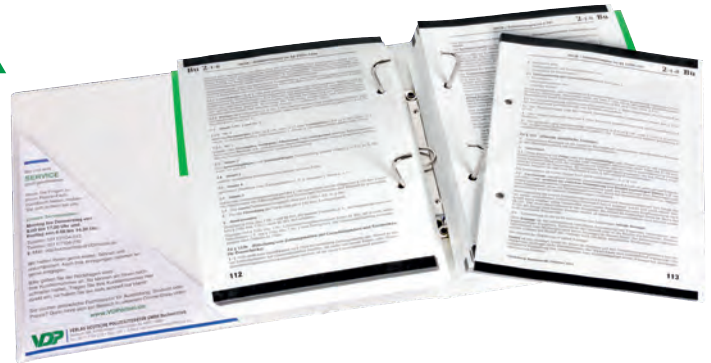
Die Sammlung enthält die Vorschriften des Bundes- und Landesrechts, die für die polizeiliche Ausbildung und Praxis notwendig sind. Zu Rechtsgebieten wie Polizeirecht, Straf- und Strafprozessrecht, Verkehrsrecht finden sich zusätzlich praxisnahe Erläuterungen.

Aktualisierungen halten das Werk auf dem neuesten Rechtsstand. In vielen Bundesländern gehört es zur offiziellen Ausstattung der Dienststellen, bei den Ausbildungsstellen ist es als Unterrichtswerk anerkannt und zu den Prüfungen zugelassen.

*Wichtiger Hinweis:

Polizeidienstvorschrift 100 „Führung und Einsatz der Polizei“ (PDV 100)

Die PDV 100 ist fester Bestandteil des Polizei-Fach-Handbuchs in der Loseblatt-Ausgabe. Diese Vorschrift ist als „Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft und der entsprechende Abschnitt des Polizei-Fach-Handbuchs wird daher an Bezugsberechtigte nur gegen Nachweis gegenüber dem Verlag (Dienstausweis/Kopie oder Dienstsiegel der zuständigen Dienststelle bzw. Behörde) direkt durch den VDP Buchvertrieb ausgeliefert.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Sicherheit beim Einkauf.

Zehntausende Menschen kommen täglich in unsere bundesweit gelegenen Einkaufs-Zentren, um dort einzukaufen. Sie sollen ihren Aufenthalt genießen und sich wohl und sicher fühlen.

Da ist es beruhigend zu wissen, das in jeder Stadt auf hilfsbereite Polizistinnen und Polizisten Verlass ist, die uns im Falle eines Falles mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Shopping Arkaden
Bocholt



Schloss Arkaden
Heidenheim



Kaiser Passage
Worms



City Rondell
Schwenningen



Vennehof
Borken



Shopping Plaza
Garbsen

Für ihre Unterstützung danken wir der Polizei